

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährl. 5.50 M., monatl. 1.20 M.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 vorauszahlbar. Einzelne Wochen-
 nummer 5 Pf. Sonntagsnummer
 mit Illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1.20 M. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 M., für das übrige Ausland 4 M.,
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Holland, Ungarn,
 Schweden u. die Schweiz. Eingetragene
 in die Volk-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt f. die Nebenblätter Koloniel-
 zeile 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das feinstdruckte Wort 20 Pf. (au-
 ßerhalb 2 feinstdruckte Worte), (auch
 mehrere Wort 10 Pf. Stellenanzeige
 und Stellenanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Feuerungsbeilage 20 Pf.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Bezeich-
 nungen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Geschäfts von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 19. Oktober 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Zukunftsaufgaben der Partei.

Insell Moon genommen. — Ein Geleitzug vernichtet.

Praktischer Sozialismus.

Würzburg, 18. Oktober 1917.

Scheidemanns Rede über die nächsten Aufgaben der Partei war knapp, fesselnd, am Aufbau sich steigernd und rief den Parteitag zu stürmischem Beifall hin. Ein Vortrag, der so ungeheures Gebiet umspannen muß, ist stets in Gefahr, sich ins Breite zu verlieren, und doch wird es nachher an Kritikern nicht fehlen, die sagen, es habe dieses oder jenes gefehlt. Scheidemann blieb sozialgen unparteiisch, indem er von Einzelheiten überhaupt nichts gab, kein Sondergebiet bevorzugte oder vernachlässigte, dafür aber alle auf ihre gemeinsame Quelle zurückführte. Seine Rede konnte darum auch durch Kürze wirken und auch durch zusammengeknüllte Kraft. Mit eindringlicher Klarheit ist uns die Tatsache ins Bewußtsein gebracht worden, daß wir jetzt den Kampf um die politische Macht, wie ihn einst unsere Theoretiker verstanden, nicht mehr nur vorbereiten, sondern zu führen haben, daß wir mitten in ihm drin und unmittelbar vor seiner Entscheidung stehen. Wir müssen diesen Kampf führen, selbst wenn wir die Macht jetzt gar nicht haben wollten, weil uns vor der Schwere der Verantwortung graute. Das entwickelt Scheidemann genauer, und ein Bild unendlich getürmter Schwierigkeiten tut sich auf, die unserer Zukunftsarbeit im Wege stehen. Aber mit derselben zwingenden Deutlichkeit wird uns klar, daß wir an diese Arbeit herangehen müssen und daß der Glaube an unseren Stern und die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse die erste unentbehrliche Voraussetzung für ihr Gelingen ist. Auch Scheidemanns Rede war eine Programmrede des praktischen Sozialismus der Zukunft, die in Deutschland und in der Welt gehört werden wird.

Man debattiert dann über Scheidemanns Rede und die vier Referate, Landsberg, Cunow, Keil und Wissell, als deren programmatische Zusammenfassung jene Rede zu betrachten ist. Zunächst kommen die Fragen der Staatsverfassung an die Reihe. Die Vertreter verschiedener Kleinstaaten fordern auch ihr Teil an der Demokratisierung, und man sieht, wieviel noch fehlt. Die Frage einer neuen Programmgebung wird von Pflüger und Bloss in die Debatte geworfen, aber andere haben es dann nicht weniger eilig. Ihnen ist das Programm, das alte und das geforderte neue kein papierner Pops. Gradnauer und Heinrich Schulz sprechen gute Worte über die Notwendigkeit geistiger Vorbereitung der Massen für das Kommende, über Erziehung zum Sozialismus. Und dann hält Landsberg als Berichterstatter über sein Teilgebiet das Schlusswort. Er findet den Freudenaußbruch des Genossen Peus darüber, daß man die Unabhängigen losgeworden sei, nach den vorgestern angenommenen Beschlüssen für Einigung nicht ganz taktvoll — und dies ist nicht die erste Zurückweisung, die sich die Heißsporne von rechts gefallen lassen müssen. Dann spricht Landsberg mit schneidender Schärfe und Unzweideutigkeit von der Notwendigkeit des sofortigen Uebergangs zur Demokratie und verweist jene, die sich dieser Forderung entgegenstellen, auf die Schwere ihrer Verantwortung.

Damit schließt die Vormittagsitzung. Der Nachmittag ist nach den anstrengenden Verhandlungen der Erholung freigegeben und ein blauer Herbsthimmel lockt in die Berge.

Vernichtung eines Geleitzuges bei den Shetlandsinseln.

Berlin, 18. Oktober. Amtlich. 1. Am 17. Oktober griffen leichte deutsche Seestreitkräfte in der nördlichen Nordsee innerhalb des Speergebietes nahe bei den Shetlandsinseln einen von Norwegen nach England gehenden Geleitzug von 13 Fahrzeugen an, darunter als Schutze die beiden modernen englischen Zerstörer G 29 und G 31.

Alle Schiffe des Geleitzuges sowie die Bedeckungsfahrzeuge, einschließlich der Zerstörer, wurden vernichtet.

bis auf einen Geleitzugsdampfer. Unsere Streitkräfte sind ohne Verluste und Beschädigungen zurückgekehrt.

2 Die Operationen unserer Seestreitkräfte bei Desfel schreiten planmäßig fort.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Starker Feuerkampf in Flandern. — Artillerieschlacht nordöstlich Soissons. — Deutscher Sturmtruppvorstoß östlich Samogneur. — Bomben auf Nancy. — Die Beute von Desfel: 10 000 Gefangene, 50 Geschütze. — Seevorstoß bis zum Moonfund.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 18. Oktober 1917. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Mitte der flandrischen Front war auch gestern der Feuerkampf stark; besonders in den Abend- und heutigen Morgenstunden war das Feuer am Southouster Waabe und südlich von Passchendaele gesteigert.

Bei Draalbank mehrmals vorstoßende starke Erkundungsabteilungen wurden zurückgeworfen.

Zwischen dem Kanal von La Bassée und der Scarpe sowie südlich von St. Quentin nahm bei „Parsfeldgeleite“ auch die Feueraktivität zu.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons hat sich die seit Tagen lebhafteste Kampftätigkeit zur Artillerieschlacht entwickelt, die seit gestern früh vom Ailette-Grunde bis Braye mit nur kurzen Pausen andauert.

Auch die Batterien der Nachbarabschnitte beteiligen sich am Feuerkampf.

Von der Aisne bis auf das Ostufer der Mosel nahm in vielen Stellen der Front das Feuer gleichfalls erheblich zu.

An der Nordostfront von Verdun stießen zu frühem Handreich gestern morgen baltische Sturmtruppen bei Höhe 344 östlich von Samogneur in die französischen Gräben vor, gerieten fünf große Unterstände und führten die Besatzung, soweit sie nicht im Nahkampf fiel, gefangen zurück.

Abends machte der Feind zwei Gegenangriffe gegen die genommenen Grabenstücke; beide Male wurde er zurückgewiesen.

Im ganzen wurden gestern 13 Flugzeuge zum Abwurf gebracht. In Erwiderung eines Fliegerangriffs auf Frankfurt a. M. wurde gestern erneut Nancy mit Bomben beworfen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Eichtung der auf Desfel gemachten Beute hatte bisher folgendes Ergebnis:

10 000 Gefangene von zwei russischen Divisionen. Nach Moon sind nur wenige hundert Mann entkommen.
 50 Geschütze, dabei einige unversehrte schwere Küsten- und einige Feld-Batterien.

Zahlreiche Waffen und sonstiges Kriegsgerät.

Teile unserer Seestreitkräfte drangen durch die Minenfelder des Nigaischen Meerbusens bis zum Südausgang des großen Moon-Bundes vor, wohin sich etwa 20 russische Kriegsschiffe nach kurzem Gefecht zurückzogen.

Die russischen Batterien bei Wol auf Moon und bei Berder an der estländischen Küste wurden zum Schweigen gebracht.

Anderer unserer Flotteneinheiten liegen im Ostteil des Kassar Bick und sperren die Durchfahrt nach Westen.

Zwischen Düna und Donau außer einigen vergeblichen Vorstößen russischer Aufklärer keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 18. Oktober 1917, abends. Amtlich.
 In Flandern geringerer, nordöstlich von Soissons sehr starker Artilleriekampf.

Die zwischen Desfel und Festland gelegene Insel Moon wurde von Land- und Seestreitkräften durch Angriff genommen.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 18. Oktober 1917. (B. L. B.) Amtlich wird verkündet:

Außer erfolgreichen Stoßtruppunternehmungen in Dngalzen nirgends besondere Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Landesverteidigung und Kreditbewilligung.

Durch die auf dem Würzburger Parteitag mit überwältigender Mehrheit angenommene Entschließung 2 a b e ist die Taktik der Reichstagsfraktion für die nächste Zeit vorgezeichnet. Wir haben den Sinn der Entschließung dahin charakterisiert, daß sie in der Frage der Kreditbewilligung der Fraktion freie Hand läßt. Wir haben dabei angedeutet, daß ein weiteres Zmamtblieben der Regierung Michaelis die Frage der Kreditverweigerung sehr leicht brennend machen könne.

Durch diese Auslegung haben wir uns das Mißfallen der konservativen „Kreuzzeitung“ zuzugewogen. Sie sucht uns darüber zu belehren, daß der Sinn der Entschließung Löbe unter allen Umständen die Bewilligung der Kriegskredite verlange. Um des allgemeinen Interesses der Frage willen sehen wir uns gern einmal mit dem konservativen Blatt auseinander.

Die „Kreuzzeitung“ geht von dem Satze der Entschließung aus: „Der Parteitag verpflichtet die Fraktion wie bisher, so auch fernerhin, ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten sind.“ Daraus folgert die „Kreuzzeitung“:

„Hiernach hätte die sozialdemokratische Fraktion kein Recht, die Kriegskredite abzulehnen, so lange der Krieg ihrer Auffassung nach im Interesse der Landesverteidigung geführt wird. Und niemand wird behaupten können, daß diese Tatsache irgendwie dadurch beeinträchtigt werden würde, wenn Ullrich-Löhringen nicht zum selbständigen Bundesstaat erhoben oder die „Sehnsucht des deutschen Volkes nach Demokratie“ nicht sofort verwirklicht wird. Mit anderen Worten: die Stellungnahme des Parteitag bedeutet die Verpflichtung der Fraktion zur Bewilligung der Kriegskredite, unabhängig von der Haltung der Regierung zu den sozialdemokratischen Programmforderungen. Das ist ja gerade der Gegenjah zu der Erklärung Hoch, die die Ablehnung der Kredite verlangt, wenn die Reichsleitung nicht bedingungslos das Friedens- und Verfassungsprogramm der Sozialdemokratie annimmt. So stellt sich wenigstens für den unbefangenen Beobachter der Gegenjah leider nicht dar.“

Wir können der „Kreuzzeitung“ nicht den Vorwurf ersparen, die Resolutionen Löbe wie Hoch nur sehr ungenau gelesen zu haben. Um es gleich vorweg zu nehmen: der wesentlichste Unterschied ist der, daß die Entschließung Hoch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unter allen Umständen auf die Kreditverweigerung festlegen wollte, während die Entschließung Löbe ihr freie Hand läßt. Nirgends aber ist in der Entschließung Löbe davon die Rede, daß die Fraktion unter allen Umständen die Kriegskredite bewilligen muß. Auch der von der „Kreuzzeitung“ angezogene Satz läßt diesen Schluss nicht zu.

Wir können dabei ruhig der „Kreuzzeitung“ ein Zugeständnis machen. Auf dem Parteitag hat Hoch die Ansicht vertreten, daß von einer Bedrohung Deutschlands in diesem Stadium des Krieges nicht mehr die Rede sein könne. Dieser militärische Optimismus ist von der Gegenseite abgelehnt worden und wird auch von uns abgelehnt. Wenn es den Verteidigern einer Festung gelungen ist, den Belagerer aus dem Vorgefelde stromedweise zurückzudrängen, ohne daß deswegen der Ring der Belagerung gesprengt worden ist oder die zahlenmäßige Ueberlegenheit des Belagerungsheeres sich wesentlich gemindert hätte, so wird kein Mensch deswegen behaupten, daß die Festung jetzt nicht mehr bedroht sei. Ähnlich hält nach unserer Auffassung der Lage die Bedrohung Deutschlands an, solange es von dem Ringe einer vielfachen feindlichen Uebermacht umgeben ist.

Aber die Landesverteidigung ist nicht nur ein rein militärisches Problem. Wenn die „Kreuzzeitung“ die Entschließung Löbe genau gelesen hätte, so hätte sie auch folgende Sätze darin gefunden:

Der Parteitag verlangt die sofortige Verwirklichung der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Demokratie. Er ist der Ansicht, daß nichts so geeignet sein würde, die Widerstandskraft und den Verteidigungswillen des deutschen Volkes zu stärken, als die Verwirklichung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung.

Aus diesem Satz kann die „Kreuzzeitung“ ersehen, daß ihre Auffassung, die Erfüllung der Sehnsucht des Volkes nach Demokratie habe mit der Landesverteidigung nichts zu tun, nicht die der sozialdemokratischen Partei ist. Gerade die Entschließung Löbe bringt mit größter Klarheit zum Ausdruck — was übrigens auch oft genug in den Spalten

des „Vorwärts“ gestanden hat —, daß die Förderung nach der Parlamentarisierung Deutschlands, auf Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen und namentlich auch die Förderung des sofortigen Beginnes der Demokratisierung gerade im Interesse der Landesverteidigung erheben. Wir haben hier so oft ausgeführt, weshalb die Demokratisierung Deutschlands auch gleichzeitig eine Stärkung unserer moralischen Widerstandskraft bedeutet, daß wir uns ein nochmaliges Eingehen auf diesen Punkt erlauben.

Für die Sozialdemokratie ist und bleibt die sofortige Demokratisierung Deutschlands und Preußens ein mit der Landesverteidigung auf das engste zusammenhängendes Problem. Das gleiche läßt sich auch von der elsass-lothringischen Frage sagen, der die „Kreuzzeitung“ gleichfalls keine Bedeutung für die Landesverteidigung beimessen will. Wie wir es für die schwerste Schädigung unserer Landesverteidigungsinteressen halten, wenn gewisse dunkle Pläne auf Verteilung des Reichslandes und der einzelnen Bundesstaaten zur Wirklichkeit würden, so sehen wir einen ungeheuren Gewinn für Deutschlands Stellung im Weltkriege darin, wenn man sich endlich entschließt, Elsass-Lothringen die volle Gleichstellung als Bundesstaat mit demokratischer Verfassung einzuräumen. Darüber kann gar kein Zweifel sein, nachdem von der Regierung selber die elsass-lothringische Frage als das eigentliche Friedenshindernis bezeichnet worden ist.

Sobald wir nun aber an der Spitze Deutschlands und Preußens eine Regierung sehen, welche diese wichtigen Interessen der Landesverteidigung verkennt und ihnen zumiderhandelt, so würde die sozialdemokratische Partei durch eine bedingungslose Unterstützung einer solchen Regierung sich selbst zur Mitschuldigen an einer Schädigung der Landesverteidigung machen. Leider ist die heutige Regierung nicht bedenkenfrei. Die Verschleppung der preussischen Wahlrechtsreform, von der wir an anderer Stelle des Blattes berichtet, ist eine sehr wichtige Angelegenheit und geeignet, auch in diesem Punkte den Glauben an das Wort des Herrn Dr. Michaelis zu erschüttern, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen ließe.

Dazu kommt ein weiteres: Auch die Durchführung des zu Beginn des Krieges gegebenen Versprechens „Ich kenne keine Parteien mehr!“ ist in unseren Augen einer der wichtigsten Faktoren der Landesverteidigung. Der Reichskanzler, der in öffentlicher Reichstagsitzung dieses Wort in Stücke gebrochen hat, der das vor dem Krieg leider übliche System der Vertiefung und Auslösung mitleidiger Richtungen wieder aufleben läßt, der im Eifer der Verfolgung sogar Deutschland vor dem feindlichen Auslande erhebliche Vöthen gibt, hat unseres Erachtens schwer gegen die Interessen der Landesverteidigung gesündigt und sündigt weiter, solange er nicht ausdrücklich diesen Kurs aufgibt.

Daher kann die Sozialdemokratie sehr wohl in die Lage kommen, in dem Weiterbestehen einer gewissen Regierung oder der Verschleppung eines bestimmten Regierungskurses eine Schädigung der Landesverteidigung zu sehen. Ist sie aber einmal dieser Auffassung, dann ist die Beseitigung dieser Regierung eine durch das Interesse der Landesverteidigung gebotene Tat. Und ist das geeignete Mittel zur Beseitigung einer solchen Regierung die Verweigerung der Kriegskredite, dann liegt ihre Ablehnung, nicht ihre Annahme im Interesse der Landesverteidigung.

Da nun gemäß der Entschließung Röße die Fraktion die Bewilligung von Krediten davon abhängig machen soll, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten sind, würde in diesem Falle aus dem von der „Kreuzzeitung“ zitierten Satz die Ablehnung der Kredite folgen. Ob das Fortbestehen einer bestimmten Regierung für sich allein anzu sehen werden muß als die moralische Wirkung einer Kreditverweigerung, ist eine Frage des Einzelfalles, sie ist nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider zu beantworten. Die Antwort hängt von den Umständen ab, und es liegt uns fern, der Entscheidung der Fraktion im Falle Michaelis vorzugreifen, wenn wir aus aufgezeigt haben, was sie zuungunsten dieser Regierung beeinflussen muß.

Aber um der „Kreuzzeitung“ zum Schluß ein sicheres Schulbeispiel zu geben: Einer Regierung, deren Politik in allen Stücken den Wünschen der Alldeutschen entspräche, einer solchen müßte die Fraktion nach der Entschließung Röße unter allen Umständen die Kredite verweigern — im Interesse der Landesverteidigung.

Die Krise Frankreichs.

Nach deutscher Darstellung ist Graf Bernstorff in keine Berührung mit Dolo Pascha gekommen und kennt ihn nicht einmal dem Namen nach. Der Zusatz in dem Jagowischen Telegramm „Haben Sie etwas Neues über Dolo?“ wird als gefälscht bezeichnet. Danach hat sich der Verkehr Dolo Paschas in New York ausschließlich auf die dortigen Vertreter der deutschen Hochfinanz beschränkt.

Der Kassationshof hat entschieden, daß der Vorsitzende des Appellationsgerichts, Monier, der der juristische Ratgeber Dolo Paschas gewesen sein soll, am 6. November vor einem aus dem Kassationshof gebildeten höheren Rat zu erscheinen hat.

Die Havas aus Paris meldet, daß der Untersuchungsrichter die Untersuchung über den Tod Amerehdas auf. Damit ist diese für die französische Verwaltung und Justiz so blamable Angelegenheit glücklich, wenn auch nicht rühmlich aus der Welt geschafft.

Die Stimmung gegen Boselli.

„Napoli d'Italia“ meldet aus Rom, der allgemeine Eindruck über die gestrige Kammer Sitzung gehe dahin, daß die Lage des Kabinetts gefährlich sei und es dem Schicksal nicht mehr entrinnen könne. Die „Secolo“ berichtet, werden über die Lage des Ministeriums die verschiedensten Ansichten laut, das Unbehagen sei jedoch allgemein. Es sei unmöglich, heute schon ein endgültiges Urteil geben zu wollen, da die Debatte lang werden dürfe. Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet „Daily Telegraph“ aus Rom vom 17.: Verschiedene Abgeordnete sind mit dem Kabinetts Boselli, den sie für zu alt halten, unzufrieden. Im Innern des Kabinetts herrscht nicht immer vollkommene Übereinstimmung. Einige Minister ohne Portefeuille hält man für überflüssig. Eine Ministerliste ist sehr wohl möglich. Wenn sie eintritt, wird jedoch keine Veränderung in der Leitung des Krieges und in den Beziehungen zu den Bundesgenossen eintreten, da die Krisis einen rein parlamentarischen Charakter haben wird. In politischen Kreisen hält man die Kombination Orlando-Sonnino-Rischi für wahrscheinlich.

Der interkantonale unabhängige Sozialist Labriola erklärte in der gestrigen Kammer Sitzung, gegen die Regierung stimmen zu wollen. Er begründete dies mit der wachsenden Einmischung der militärischen Minister und den Meinungsverschiedenheiten gegenüber Sonnino. Das sogenannte nationale Ministerium fühle sich trotz der außerordentlichen Vollmachten ohnmächtig und habe zu sich selbst kein Vertrauen. Der Redner behauptete, daß die Regierung aus dieser inneren Schwäche heraus die Machbefugnisse des Oberkommandos über gewisse Provinzen im Norden und Süden erweitert habe. Die heutige Regierung ist nur ein Ministerium der interkantonalen Koalition. Bei Besprechung der Stockholmer Konferenz wandte sich Labriola heftig gegen die Paktverweigerung, wobei es zu lebhaften Zwischenrufen kam, an denen auch Sonnino sich beteiligte, der zu verstehen gab, daß der Vorwurf, Italien sei gegen Stockholm aufgetreten, falsch sei.

Rhondda droht mit Bedarfsrationierung.

Bern, 18. Oktober. In einem Schreiben an die örtlichen Nahrungsaufsichtungsbehörden fordert Rhondda zur Einsetzung von Nahrungssparkomitees auf, zu denen alle Klassen, Organisationen der Arbeiterschaft, Frauenvereine, Erziehungsanstalten, Lehrer, religiöse Körperschaften herauszuheben seien. Rhondda empfiehlt einen ausgiebigen Gebrauch der Presse, um jedem Haushalt nahezu legen, daß die Vorräte nicht ausreichen, die Bedürfnisse Englands und seiner Verbündeten zu decken, wenn nicht der Verbrauch erheblich eingeschränkt werde. Ohne dies werde der kommende Winter eine Zeit erstickter Beforgnis werden. Falls nicht die größte freiwillige Sparsamkeit angewendet werde, droht Rhondda mit der Zwangsrationierung.

Die Opposition in der Sobranje.

Sofia, 18. Oktober. In der gestrigen Sitzung der Sobranje verlas der Präsident drei von den Vertretern der Oppositionsparteien unterbreitete Interpellationen, in denen der Ministerpräsident aufgefordert wird, sich über die Frage der Verpflegung des Landes und der Armee, über die Kriegsziele Bulgariens in Zusammenhang mit den Friedensausichten, weiter über die Aufhebung der politischen Zensur auszusprechen. Ferner wurden von den marxistischen Sozialisten drei Interpellationen gleichen Inhalts eingebracht. Ministerpräsident Radostawow ergriff sogleich das Wort und erklärte, die Interpellationen seien überflüssig, da die Regierung selbst entschlossen sei, die Debatte über die darin aufgeworfenen Fragen zu eröffnen, in erster Linie über die Frage der Lebensmittelversorgung. Er versprach, in der nächsten Woche Antwort zu erteilen und ersuchte die Sobranje, eine Sitzung auf Montag anzulegen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Ein englisch-schwedischer Postfachstreit.

Die englische Regierung hat schwedische Postfächer, die diplomatische Dokumente bergen, in Halifax beschlagnahmen lassen und Schweden wehrt sich gegen diese Vergewaltigung. Der Korrespondent der „Times“ meldet: Die Frage der schwedischen Postfächer ist in ein kritisches Stadium getreten, da der schwedische Gesandte Estengren sich weigert, das englische Vorgehen als auch nur irgendwie gerechtfertigt anzuerkennen. Die Regierung in Washington möchte von Schweden den Streik fernhalten, der durch danksing's Enthüllungen entstanden ist, daß die englische Regierung die verdächtigen Postfächer von Stockholm in Halifax beschlagnahmen ließ. Die Säckchen befinden sich nun in der britischen Gesandtschaft in Washington. Estengren weigert sich, die Säckchen zu eröffnen und die Säckchen in Gegenwart der englischen Beamten zu öffnen.

„Paris Post“ meldet aus Washington, daß die in Halifax von den Engländern beschlagnahmte Post der schwedischen Regierung an ihren Gesandten in Washington jetzt dem amerikanischen Staatssekretär Lansing zugestellt worden sei, der sich bereit erklärt habe, sie dem schwedischen Gesandten zuzustellen unter der Bedingung, daß die Postfächer vor den amerikanischen Behörden geöffnet und ihr Inhalt aufs genaueste untersucht würde. Der schwedische Gesandte scheint nicht gewillt, hierauf einzugehen; er bedürfe der Sendung, um die Botschaftsfrage mit der amerikanischen Regierung erörtern zu können, und verlange daher ihre bedingungslose Auslieferung.

Der Venizelistenprozess gegen Skuludis.

Athen, 17. Oktober. (Melbung der Agence Havas.) Der Bericht des Auswicklers, der die Erhebungen über das Kabinett Skuludis angestellt hat, ist der Kammer mit folgenden Feststellungen vorgelegt worden. Das Kabinett Skuludis hat die Gewalt ohne das Vertrauen des Volkes übernommen. Es hat am 31. Mai den Versuch unternommen, die Kammer gegenzuzeichnen, um die Verfassung zu beseitigen und die persönliche Politik des Königs zur Ausführung zu bringen. Es hat den Verlust einer Million durch eine ungeschickliche Steuer verursacht und zwei geheime Anleihen mit Deutschland abgeschlossen, ohne die Kammer davon in Kenntnis zu setzen. Es hat das Vorrecht der Nationalbank um 25 Jahre verlängert und Eigentum an Mohammedaner in Mazedonien zurückgegeben trotz der Verfügungen des Gesetzes über die Vergeltungsmassnahmen für die in der Türkei beschlagnahmten griechischen Güter. Es hat den Vertrag mit Serbien verlegt und die öffentliche Meinung gekränkt, indem es Soldatentruppen benutzte und Angriffe auf Bürger und liberale Zeitungen organisierte. Es hat ohne Grund während neun Monaten die Mobilisierung in die Länge gezogen und so eine Auflösung der Mannschafft im Heere bewirkt. Es hat auf alle Weise die deutsche Propaganda beschützt und den Bulgaren das Fort Kupel, Städte in Mazedonien, ein Armeekorps und Material im Werte von Millionen ausgeliefert. Der Bericht spricht sich daher dafür aus, die Minister vor den obersten Gerichtshof zu stellen.

Wie dieser Staatsprozess ausfallen würde, ist klar. Denn zu den ersten Leistungen des Regiments Venizelos gehörte die Beseitigung aller Anhänger der früheren Regierung aus den Justizämtern, die alldahin natürlich mit Venizelisten besetzt wurden.

Die belgische Regierung und die flämische Frage.

Die in den letzten Jahren in Belgien betriebene Agitation zugunsten der Gleichberechtigung der flämischen Bevölkerung hat die belgische Regierung in Gave doch veranlaßt, eine Reformmaßregel zu ergreifen. Wie die „Independance Belge“ vom 10. September mitteilt, hat das belgische Kriegsministerium einen Befehl erlassen, in welchem den Offizieren und den Soldaten befohlen wurde, in verdoelndem Tone mit einander zu verkehren. Der General De Ceuninck stellte es als Ideal auf, die Beherrschung beider nationaler Sprachen zu erlangen, und er appelliert an die Intellektuellen in der Armee, eine Politik der Veröhnung und der nationalen Einheit zu erstreben.

Zwangsdienst für Neutrale in Amerika.

Kopenhagen, 17. Oktober. „Nationaltidende“ meldet aus Stockholm: Die schwedische Gesandtschaft in Washington berichtet, daß das Gesetz, wodurch Neutrale zum Kriegsdienst gezwungen werden können, noch nicht vom Kongreß angenommen sei. Die Frage werde diesen jedoch später beschäftigen.

Nach Schweden gelangten in letzter Zeit kaum ruhigende Meldungen, schwedische Staatsangehörige seien in den Vereinigten Staaten zum Weerdienst gezwungen worden.

Unruhen in Bessarabien.

London, 18. Oktober. Neutermeldung. „Times“ meldet aus Odessa: Erste Unruhen brachen in Bessarabien aus. Eine Anzahl von Pogromen fanden in den Landbezirken statt, sowie erste Tumulte in verschiedenen Städten infolge des Mangels an Lebensmitteln.

Die Ausichtslosigkeit der Materialschlacht.

Im „Kappel“ vom 11. Oktober schreibt Camille Devilar: Das System der Hindenburglinie löst mit bemerkenswertem Erfolg das schwierige Problem, das Vordringen der an Zahl überlegenen und mit Kanonen und Geschossen fast unerschöpflichen französischen englischen Heere auf ein Mindestmaß einzuschränken. Schwere sind die Deutschen geschlagen, aber eine Gesamtüberlegenheit mußten sie bisher zu vermeiden. Und dann das Finanzproblem, das neben Truppenbeständen und Material nicht außer acht zu lassen ist. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Geländegewinn nur durch eine Beschießung erzielt werden kann, durch die die Stellung der Verteidiger unhaltbar und die Befreiung von Reservisten unmöglich gemacht wird. General Perain, der in Exzellenzreden unvoreilig ein kompetentes Urteil hat, stellte in einer wertvollen Studie genaue Berechnungen an und zeigt uns damit die Unmöglichkeit, mit der Kanone eines der wesentlichsten Kriegsziele zu erreichen, nämlich die Zerstörung des feindlichen Kriegsmaterials. Er schreibt:

Bei einer Entfernung von 3000 bis 2000 Meter und noch mehr bei Abständen von über 5000 Meter, wofür die schwere Artillerie geschaffen wurde, muß man über 1000 Geschosse aufwenden, wenn man ein Ziel von 4 Quadratmeter (etwa einen Wäldchengeviertel) unterstand, eine feindliche Kanone, einen geschützten Beobachterstand mit großer Wahrscheinlichkeit treffen will — von Sicherheit kann ja nie die Rede sein. Um also mit einem schweren Geschütz aus großer Entfernung ein Feldgeschütz im Werte von etwa 10 000 Fr. zu zerstören, müßte man mindestens

185 000 Fr. mit dem 105-Millimeter-Geschütz	
815 000	155
6 000 000	305
40 000 000	520

Es müßten also abgeeußt werden:

1 Kanone von 105 mm im Werte von	20 000 Fr.
2 Kanonen	155
6	305
52	520

Das würde aber für den Schießenden noch mehr als für den Beschossenen den Ruin bedeuten; es wäre Selbstmord. Unter diesen Umständen ist also die Vernichtung der feindlichen Feldartillerie durch unsere schweren Geschütze mehr als problematisch.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 17. Oktober. Auf dem Nordsee-Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum

16 000 Br.-Reg.-Tö.

versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich der französische Segler Jacqueline (2800 Tons) sowie der belgische Dampfer Nerville (1750 Tons) mit Bretterladung, ferner ein unbekannter englischer Segler mit Fisch an Bord. Außerdem wurde in der Nähe der irischen Küste der bewaffnete englische Dampfer Petreham (3331 Tons) torpediert, der jedoch mit schwerer Schlagschiff noch auf Strand gesetzt werden konnte.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Amerikanischer Torpedojäger torpediert.

Washington, 18. Oktober. (Neutermeldung.) Unflüchtig wird mitgeteilt, daß ein amerikanischer Torpedojäger am Dienstag in der Kriegszone torpediert wurde. Ein Matrose wurde getötet, fünf wurden verwundet. Das beschädigte Schiff kehrte in den Hafen zurück.

Norwegens größtes Schiff versenkt. Aus London wird nach Kristiania gemeldet, daß der Dampfer Themis aus Trondheim, Norwegens größtes Schiff, 13 000 Tonnen groß, im Mittelmeer versenkt wurde.

Die Strecke eines U-Boot-Führers, des Kapitanleutnants Jostmann, der seit Beginn des Krieges im Unterseebootdienst und seit August 1915 im Mittelmeer tätig ist, zurzeit als Kommandant von U 89, beträgt insgesamt bisher 148 Schiffe, darunter vier Transporter, mit zusammen 411 000 Tonnen.

Strandung eines Munitionsdampfers. Bergen, 17. Oktober. Ein Geleitzug von 15 Schiffen passierte gestern Abend Narfoten. Ein großer Dampfer, augenscheinlich wegen Maschinenmangels von Sturm und Wind landwärts getrieben, stieß nachts 2^{1/2} Uhr bei dem Seilballen Leuchturm in Lördöden auf Grund. Es war der rumänische Dampfer Romania (4000 Tonnen) mit Munition nach Archangelsk unterwegs. Zwei Bergungsdampfer sind an Ort und Stelle, aber die Bergungsarbeit ist infolge des starken Westwindes schwierig.

Die Landung auf Oesel.

Zu der Unternehmung gegen Oesel wird mitgeteilt: Die Transportflotte wurde in der Hauptstadt in Hamburg und Bremerhaven zusammengestellt. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe ermittelte man, wenn man sich überlegt, daß die in Frage kommenden Schiffe seit dreizehnjährlicher Fahr ohne Möglichkeit genügender Pflege aufgegeben hatten, daß der Befehl zur Bereitstellung der Flotte, um die Geheimhaltung zu sichern, erst in letzter Stunde gegeben werden konnte, daß Kapitane, Offiziere und Besatzungen erst bei der Abfahrt der Dampfer zur Verfügung gestellt werden konnten, daß zu einer Armeeteilung außer den eigentlichen Truppen und den notwendigen Geschützen der verschiedenen Kaliber ein großer Fuhrpark mit Pferden und Wagen gehört, daß man mit dem Vorhandensein von Lebensmitteln auf Oesel nicht rechnen konnte, und endlich, daß die Landung an freier Küste ohne Ankeranlagen erfolgen mußte.

Die aus den Erfahrungen der Chinaexpedition im Jahre 1900 heraus geschaffene Seetransportabteilung im Reichsmarineamt hat damit den Beweis ihrer Notwendigkeit erbracht und sich ebenso wie die Schiffe bereitstellende Schiffsbesatzungskommission und wie die deutschen Privatwerften, denen die Ausführung übertragen wurde, dieser neuen und plötzlich an sie heran tretenden Aufgabe in anerkannter Weise gewachsen gezeigt. Nach tagelanger Vorbereitung durch die Risenjuchverbände fuhr die Transportflotte unter dem

Die Verhandlungen des Würzburger Parteitag.

Vierter Verhandlungstag.

Würzburg, 18. Oktober.

Den Vorsitz führt Auer. Den Bericht der Beschwerdekommission erstattet

Wahne-Hamburg. Die Anträge der Kommission, die sich auf 14 einzelne Fälle beziehen, werden vom Parteitag ausnahmslos genehmigt. Von allgemeinerem Interesse ist nur der Fall Hau-eisen-Knecht, eines Angestellten des Buchbinderverbandes, der wegen Nichtablieferung der Raiffeisbeiträge aus der Partei ausgeschlossen ist. Auf Antrag der Kommission lehnt der Parteitag den Beschluß auf, weil das Verhalten Hau-eisens zwar ein schlechtes Beispiel von Disziplinwidrigkeit gegeben hat, jedoch auch andere Parteimitglieder die Beiträge nicht abgeliefert haben, und der Ablieferungsbeschluß inzwischen aufgehoben ist. Julian Wachardt hat seine Verurteilung gegen das Berliner Schiedsgericht mit der Begründung zurückgezogen, daß die jetzige Partei nicht mehr die alte sei und er ihr nicht das Recht zuerkenne, über ihn zu urteilen. Der Parteitag nimmt das mit Befriedigung zur Kenntnis und geht zur Tagesordnung über.

Die nächsten Aufgaben der Partei.

Die Teilberichte von Landsberg über Demokratisierung, Keil über Steuerfragen, Cunow über Wirtschafts- und Bissell über Sozialpolitik sind bereits in der Parteipresse veröffentlicht worden. Das Hauptreferat erstattet

Scheidemann:

In dem Augenblick, in dem sich das alte gewohnte Bild des Parteitagstages vor unseren Augen wieder entfaltete, drang die furchtbare Größe dessen, was wir seither erlebt haben, erneut mit betäubender Wucht auf uns ein. Ein Parteitag findet wieder statt. Wir stehen nun drei Jahre und drei Monate in dem ungeheuersten aller Kriege und leben auch heute nur erst unbedeutlich das Ende in dümmender Ferne vor uns. Manneskraft und Wirtschaftsgut aller Völker sind zum großen Teil vernichtet worden, und kein Rechenmeister wagt zu sagen, wieviel am Ende des Krieges noch übrig bleibt. Ebenso wenig vermögen wir uns heute ein Bild von dem politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis der Staaten untereinander zu machen, solange draußen noch um die Entscheidung gekämpft wird. Ebenso stehen wir in unseren eigenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in einem Strom der Entwicklung, von dem wir nur wissen, daß er reichend ist, aber nicht sagen können, wo er mündet. Klar in dieser Fülle der Unklarheiten ist nur eines: Alles müßte für die Menschheit ein verzweifelt schlechtes Ende nehmen, wenn sie sich von den Ereignissen treiben ließe und auf jeden Versuch verzichtete, diesem geschilderten Geschehen die Gesetze ihrer Vernunft und ihres Willens aufzuzwingen. Nur die alten abgelebten, hoffnungslos vom Schicksal Jermürdeten setzen sich an den Begrab, um das Ende abzuwarten. Wir aber wollen leben und haben zum Leben auch den Mut und die Kraft. (Beifall.) Wir als Sozialisten haben Pflichten zu erfüllen gegenüber unserer großen Familie, der deutschen Volksgemeinschaft, und gegenüber der noch größeren Menschheitsfamilie, die sich im Bruderkampf zerfleischt. Wir haben nicht das Recht, auch nur für einen Tag stumm oder zaghaft zu werden. Und wie die tapferen Öpreußen und die tapferen Belgier und Franzosen des Kriegesgebietes, die in den Kellern ihrer zerhöhenen Wohnstätten fest blieben und bleiben in dem Glauben an eine bessere Zukunft, so müssen auch wir, denen der Krieg alles zerrüttet hat, an den Morgen denken, der dieser Nacht des Völkerrases folgen wird, an den Tag des Wiederaufbaus und der Völkerveröhnung. Gewaltige Aufgaben erwarten uns. Wir werden uns vielleicht einmal zurückziehen in die Zeit, wo wir verfolgt und unterdrückt waren, denn damals waren wir ja jeder Verantwortung frei und stets lebhaften Weifalls sicher, wenn wir das Spiel der Herren im Ordensschmutz und Ministerfrack schonungslos kritisierten. Unsere Kritik war auch berechtigt, nützlich und fruchtbar, aber

Zeit und Verhältnisse haben sich geändert.

Es ist unentbehrlich, daß wir nicht auch selbst und damit geändert hätten, daß wir in dieser Zeit ungeheurer Veränderungen uns den Wahlpruch derer von Rasso zu eigen machten: Rasso was so, ist so, bliew so! (Heiterkeit.) Wir haben lange genug die wirtschaftliche Entwicklung studiert, um zu wissen, wer nicht freiwillig mitgeht, den zieht sie an den Ohren mit. (Heiterkeit.) Das werden die ewig konservativen von rechts und links noch erfahren. (Sehr gut.) In taktischer Beziehung sind wir beweglicher geworden, weil die Stellung der Arbeiterklasse sich durch den Krieg erheblich verändert hat. Der Imperialismus dachte in diesem Kriege keine Schlachten mit dem Proletariat zu schlagen und mancher Schmerzensschrei ist darüber ertönt, mit welcher Leichtigkeit der Imperialismus aus dem Proletariat seine Schlachttruppen bildete und immer wieder sollte. Und doch hat der Krieg die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat nicht gefährdet, im Gegenteil, die Proletariate haben überall das Verhufisfen gewonnen, daß der Staat, für den sie kämpfen, nach dem Kriege noch weniger als vorher bloß staalischer Klassegenner sein wird. Die Arbeiterklasse ist nicht mehr eine amorphe Masse, sondern organisiert und gegliedert, die organisierte Arbeiterklasse kann sich aus tausend Gründen nicht gegen den Staat stellen und hat es nirgends getan. Denn die prinzipiellen Kreditverweigerer in Rußland, Serbien und Bulgarien, so hoch wie ihren Mut schähen, sind nicht Vertreter einer organisierten Industrie-Arbeiterschaft. Aber wenn das organisierte Proletariat für den Epfenkampf des Staates stand, so dachte es doch nicht daran, lediglich imperialistisches Kanonenfutter zu sein, sondern hielt überall seine besonderen Klassenbeane und Klassenziele aufrecht. Das Proletariat ist kein Mietssoldat der herrschenden Klassen, sondern ein durch die Not hervorgegangener Bundesgenosse, der am Schluß seine Rechnung präsentieren wird. Wir stehen erst am Anfang der ungeheuren Machtverschöbung zugunsten des Proletariats,

die der Krieg hervorgerufen hat, und dadurch hat die sozialdemokratische Partei die unmittelbare Anwartschaft auf die Macht im Staate gewonnen. So oder so wird sich das parlamentarische System durchsehen. Deutschland wird nach dem Kriege ein demokratisch-parlamentarisches Staatswesen, die Mehrheit wird auch die Regierungstellen und die Verantwortung übernehmen müssen. Die erste Reichstagswahl nach dem Kriege wird eine ganz andere Bedeutung haben, als jemals zuvor. Wir wissen nicht, wie sie ausgehen wird, aber wenn nicht alles täuscht, wird sie uns eine sehr große Macht bringen. Dann werden wir nicht mehr die Annehmlichkeiten der Opposition genießen und anderen die Verantwortung überlassen können. (Sehr wahr!) Kann denn jemand in Deutschland wünschen, daß Deutschland nach dem Kriege von einem antisozialdemokratischen Block regiert wird, in dem die konservativen, Absoluten und Scharmacher die Führung hätten? (Sehr wahr!) Bei der nächsten Reichstagswahl geht es um die wirkliche politische Macht, um den entscheidenden Einfluß im Staat, um die Regierung selbst. Wir müssen an jedem Tag, an dem uns das Volk dazu beruft, bereit sein, die sozialistischen Grundzüge in die Wirklichkeit zu übertragen. Und da stehen wir vor einem gewaltigen Problem, das

uns schon in Friedenszeiten in unseren Träumen manchmal Alpdrücken verursacht hat. Und doch, hätte uns damals ein welt-politischer Zufall plötzlich zur Macht gebracht, so wäre es ein Kinderpiel gewesen im Vergleich zu dem, was wir jetzt leisten müssen. Damals frogte das Land vom Reichtum einer großen kapitalistischen Prosperitätsepoche. Kommern, Risten und Scheunen waren voll bis oben hin. Jetzt wird das Land der Verberkung sein gelobtes Land sein, in dem Milch und Honig fließt. Wir sind arm, entblößt, blutend aus tausend Wunden, wir haben kaum genug Brot für alle und nicht genug Leder. Drei Jahre lang hat die ganze Bevölkerung wirtschaftlich unproduktiv gearbeitet. Der wachsende Berg bedruckten Papiers zeigt unsere Verarmung und Verschuldung an. Und in diesem Trümmerhaufen sollen wir

die Vergesellschaftung der Produktionsmittel

und ein neues System der Güterverteilung durchzuführen, sollen wir dafür sorgen, daß jeder ein Dach über seinem Kopfe, jeder sein Eisen und seine Kleidung erhält, und dabei ist nichts da und dabei langt es nicht hier und dort. Da könnte die Aufgabe selbst den Mutigsten schreden. Der Sozialismus ist nach unserer Ueberzeugung etwas unendlich Großes, aber seine Macht der Idee kann die Menschheit aus der Hölle, die sie sich selbst bereitet hat, mit einem Schlage ins Paradies hinüberführen. Auch unter dem besten System werden die Bunden nur langsam heilen. Da mag vielleicht der ungeduldige Patient dem gewissenhaften Arzt untrun werden und sich dem ersten besten Kur-pulscher anvertrauen. Kommen wir also nach dem Kriege zur Macht, müssen wir mit der Gefahr schwerer Rückschläge rechnen. Wir müssen deshalb sehr vorsichtig mit unseren Verheißungen sein und können dem Volk nicht den Himmel auf Erden versprechen. Aber mit gutem Gewissen und voller Ueberzeugung erklären wir, daß der Aufbau und die Erholung nach dem Kriege anders überhaupt nicht denkbar ist als durch planvolle Anwendung sozialistischer Grundzüge und die methodische Durch-durchführung der ganzen Wirtschaft mit dem sozialistischen Prinzip. Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden. (Lebh. Beifall.) Und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Sozialismus nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienreiterei hüten und jede Maßregel nur darauf hin ansetzen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern ob sie auch praktisch ist. Durch verkehrte Anwendung unseres Prinzips und Anwendung an einer falschen Stelle können wir nur unter Prinzip selbst schädigen. Nutzen kann es zunächst nur da, wo es der breiten Masse greifbare Vorteile bietet. Wir können nach dem Kriege nicht rein sozialistisch wirtschaften und jeden Betrieb bis zum letzten Vorbieladen verstaatlichen, aber Reich, Staat und Gemeinde, Gewerkschaft und Genossenschaft werden im Wirtschaftsleben nach dem Kriege eine ganz andere Rolle spielen als zuvor. Der Prozeß der Durchschlichtung, wie ihn der treffliche Dr. Renner genannt hat, wird sich nachher viel rascher vollziehen. Welche Wirtschaftszweige das Reich übernehmen muß und welche der privaten Initiative zu überlassen sind, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Das Ziel ist: das Volkes Kraft auf die höchste Stufe der Produktivität zu heben, die vorhandenen Arbeitskräfte voll auszunutzen zum Wohle der Allgemeinheit. Wir werden nach dem Kriege kein Schlaraffenland haben, sondern an jeder Stelle wird mit voller Hingabe gearbeitet werden müssen. Aber wir werden auch den Grundlag heberzigen, daß ein Volk nicht reicher, sondern ärmer wird, wenn es Raubbau treibt mit der menschlichen Arbeitskraft, der Quelle seines Reichtums. (Lebh. Beifall.) Darum

nach dem Kriege erst recht Sozialpolitik

und endlich ernsthafte Bevölkerungspolitik! Die Sozialpolitik muß mit der Wirtschaftspolitik so in Verbindung gebracht werden, daß sie die Produktivität nicht hindert, sondern erhöht. Darum hängen die beiden Referate von Cunow und Bissell eng zusammen. Die individualistische Betrachtungsweise der Wirtschaft will dem einzelnen mit möglichst geringem Kraftaufwand einen möglichst großen Teil der allgemeinen Gütererzeugung sichern. Die sozialistische Auffassung will, daß jeder einen möglichst großen Anteil zur allgemeinen Gütererzeugung beiträgt, und fördert ihn dafür den Anspruch, als Kulturmenschen behandelt, entlohnt und möglichst lange erhalten zu werden. Wir beziehen deshalb den Begriff der Arbeit nicht etwa eng nur auf körperliche Arbeit. Die wertvollste Arbeit leistet, wer Arbeit waren läßt. Dem Organisator der Arbeit winkt in Zukunft das größte Ziel.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben reicht die Kraft unserer Partei nicht aus, sie greift weit hinaus über den Rahmen unserer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist. Sie ist nicht Parteisache, sondern Volkssache, eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen, ob er nun zu unserer sozialistischen Kampfgemeinschaft gehört oder nicht. Zu diesem praktischen Sozialismus rufe ich alle die auf, die vom Wesen der neuen Zeit einen Gaus verspirt haben. Die letzte Entscheidung über unsere Zukunft fällt ja nicht in den Schützengräben, sondern erst bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau. (Sehr wahr!) Eine kleine, aber sehr einflußreiche Schicht schwort auf das freie Spiel der Kräfte und möchte nach dem letzten Plintenschuß mit flatternden Fahnen zu ihm zurückkehren. Wir wollen gewiß nicht nach Schema F sozialisieren und der freien Initiative den Weg verbauen; wo sie sich nützlich betätigen kann, mag sie weit ausgreifen, aber die einfache Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte mühte zu einer wahren Katastrophe führen. Wie sollen wir die notwendigen Rohstoffe bekommen ohne staatlische Regelung, wie werden sich die Preise der Lebensmittel stellen, wenn durch Aufhebung der staatlischen Regelung schrankenloser Preistreibererei für und For geöffnet wird? Wie sollen Arbeitslosigkeit und Lohndruck verhütet werden? Eine ordnungslose Wirtschaft mühte ein solches Maß von Massenelend und Massenverberkung erzeugen, daß der gewaltsame Ausbruch nahezu wäre. So drängt sich der Sozialismus von selbst auf als

Notstandmaßnahme der staatlischen Selbsterhaltung.

(Sehr gut!) Und auch von der finanzpolitischen Seite drängt er sich auf. Ein fünfmal höherer Betrag als früher wird durch die öffentlichen Rassen gehen, um Zinsen, Renten und Unter-stützungen, Röhne und Gehälter zu zahlen. Keine Lösung des staatlischen Finanzproblems ist denkbar ohne eine gründliche Vermögens-abgabe und Raubbau. Diese sozialistische Wirklichkeit würde sich aufzwingen, wenn es nie eine sozialistische Theorie und Propaganda gegeben hätte. Man mühte den Sozialismus erfinden, wenn es ihn nicht gäbe. (Sehr wahr!) Weil wir zum Sozialismus gezwungen sind, sind wir auch zur Demokratie gezwungen. Die Machtfrage, welche die wirtschaftliche Entwicklung dem Staate gegenüber dem einzelnen in die Hand gibt, würde eine unerträglich tyrannische, wenn sie von einer unbeschränkt waltenden Bureokratie gehandhabt würde. Gegenüber der zermalmenden Macht der bürokratischen Zentralgewalt braucht jeder einzelne den festen Panzer gesicherter staatsbürgerlicher Freiheit. Niemand soll

einem Gebot unterworfen sein, an dessen Erlaß er nicht gleichberechtigt mitgewirkt hat. Behörden, Minister und Kongre-ler, die verlangen, müssen rasch entfernt werden können. Wir brauchen

Demokratie im Staat und Selbstverwaltung.

wenn nicht Reglementiererei fruchtbare Arbeit ertöden soll. Deutsch-land braucht die Demokratie, um leben zu können, nicht nur für den Krieg, sondern auch für die kommende Friedenszeit. — Den Welt-frieden zu sichern, muß nach diesen maßlosen Greueln unsere vornehmste Aufgabe sein. Am furchtbaren Schicksalstage des 1. August 1914 haben wir das nicht gekonnt, möge uns das Volk, möge uns alle Völker die Kraft verleihen, daß wir es in Zukunft können. Das Volk selbst muß Garant der kommenden Völkerverträge, der nimmermüde Wächter des Friedens sein. Nach dem Kriege werden wir unteruchen müssen, inwieweit heimische Einrichtungen oder bei uns herrschender Geist zu den Ursachen der Menschheitskatastrophe zählen, und wo wir solche Fehler erkennen, werden wir sie mit Stumpf und Stiel ausrotten. Jede Meinung, die das Wohl des Volkes bedroht, werden wir schonungslos belämpfen, belämpfen mit geistigen Waffen, mit sittlich höherer Lebens-auffassung. Ein tüchtiger Volkswille zur Freiheit wird auch stark genug zum Frieden sein, stark nicht durch Waffenrüstung. Was macht denn unseren Hauptgenner in diesem Krieg, England, so stark und was ist unsere schlimmste Schwäche? England hat verstanden, die ganze Welt zum Freund zu gewinnen und wir haben die ganze Welt als Freund verloren. (Sehr wahr!) Das soll anders werden. Wir rüsten zu einem neuen Kampf mit England, zu einem Kampf nicht um die span-drische Küste, sondern

um die Sympathie der Völker,

um die Seele der Welt. (Lebhafter Beifall.) Nicht U-Boote oder Tanks können diesen Krieg gewinnen, sondern nur der weitefernde Fortschritt in freizeitlichen und sozialen Einrichtungen. Sieger wird sein, wer mehr zu geben hat. Für diesen friedlichen Weltkampf bietet sich ein weites Feld. Der Krieg hat bei allen Völkern überall die gleichen Schwachheitszustände erzeugt und überall die gleichen Maß-nahmen zur Wiederherstellung. Niemand scheinen sich die Völker so ähnlich zu sein, als wenn sie miteinander Krieg führen, ähnlich in Gutem wie in Bösem. Eine nahezu vollkommene Gleichmäßigkeit zeigt sich, wenn es sich um eigentliche Arbeiter-forderungen handelt. Bei den Beschläffen der Gewerkschafts-konferenz in Leeds oder der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern konnte es gar keine Meinungsverschieden-heiten nach nationalen Gesichtspunkten geben. Das ist der eigent-liche Grund, warum die Engländer sich von Bern fernhielten und die Franzosen mit Gewalt ferngehalten wurden. Als alter inter-nationaler Sozialist bin ich Nationalist genug, um zu wünschen, daß Deutschland in diesem friedlichen Weltkampf am allerbesten ab-schneidet. Wenn unsere heutigen Gegner dann nach Deutschland kommen, um unsere Einrichtung zu studieren, wollen wir die, die kein gutes Haar an uns lassen, mit herzlichster Freude und stiller Genußnahme begrüßen, daß sie nun doch bei uns das Gute suchen. In diesem Sinne bin ich nicht nur Sozialpatriot, sondern sogar Sozial-Chamunist. (Weiterleitet und lebhafter Beifall.) Daß Deutsch-land der ganzen Welt in sozialem Fortschritt vorangehe, soll unser heißer Wunsch und unser unermüdeliches Streben sein. Aber das wird nicht genügen, um uns die Sympathie der Welt zurück-zugewinnen, ohne die wir nicht existieren können, die durch seine gewalttätige Eroberung erlegt werden kann. Wir wollen aufrecht stehen, daß die Sinnesart eines kleinen Teils unseres Volkes nicht unschuldig an dem Weltah ist, der uns umbrandet. Ich wiederhole: damit wird aufgeräumt werden. Deutschlands Politik nach dem Kriege muß so beschaffen sein, daß an ihrer Freiheitlichkeit, Rechtschaffenheit und Aufrichtigkeit nach innen und außen kein Zweifel möglich ist.

Was vor uns liegt, ist wahrhaftig nicht leicht. Parteifreien und schwere Entschlüsse stehen unserer Partei und dem ganzen Volke noch bevor. Wir mühten unter dem Berg der Leiden und Sorgen zusammenbrechen, hielte uns nicht aufrecht der Glaube an unsere große Idee und an die unerschöpfliche Kraft des schaffenden Volkes. In diesem Sinne sagen wir getrost: Großes haben wir erlebt, Großes steht uns noch bevor. Der Krieg, der uns in allen Tiefen erschüttert, ist doch schließlich nur weltgeschichtlicher Akt. Von Kriegen ist die Weltgeschichte voll, sie trieb von Blut, der Krieg ist das hergebrachte Aie, die ewige Wiederkehr des Gleichen, nur durch den Fortschritt der Technik ins Wahnsinnige gesteigert. Was wir wollen, wofür wir kämpfen, das ist das Große, Unerhörte, Neue. Die Erhebung der ganzen Menschheit auf eine höhere Kulturstufe der internationalen Völkergemeinschaft und des Sozialis-mus. So war der Krieg nur das Vorpiel einer viel gewaltigeren Begebenheit, einer

geistigen und sozialen Umwälzung.

wie die Welt sie noch nie erlebt hat. Der Krieg hat gezeigt, was das Volk kann, wenn es muß. Nach dem Kriege heißt es erst recht: Wir müssen kämpfen. Frieden heißt nicht, daß jeder Kampf aufhört, sondern nur, daß wir aufhören, wie Wesen zu rufen und anfangen, wie zivilisierte Menschen zu kämpfen. Nach dem Kriege wird es heißen: der Krieg ist tot, es lebe der Kampf, es lebe die Arbeit und der Kampf für ihr Recht. Marchieren wir, und wenn es sein muß, für uns in die Front! (Stür-mischer, lang anhaltender, immer neu einsetzender Beifall.)

In der Debatte wird zunächst der Punkt Demokratie be-handelt.

Reichstagsabg. Peus-Dessau: Es gab eine Zeit, in der man versucht sein konnte, zu sagen: Sozialismus und Demokratie kommen auch trotz der Sozialdemokratie. Aber nach dieser Rede öffnet sich das Tor zu begeisterter hoffnungsvoller Arbeit. Es liegt über diesem Parteitag ein neuer, besserer Geist, und daß manche, die diesem neuen Geist entgegen waren, nicht mehr unter uns sind, ist die Grundlage dazu. Demokratisierung heißt für uns Parlamentarisierung. Dazu braucht das Parlament eine dauernde regierungsfähige Mehrheit. Es hängt vom Volke ab, das besser zu machen, als in anderen parlamentarisch regierten Staaten. Wir allein werden kaum von morgen ab die Mehrheit sein, und wären wir es, so fehlte uns doch vielfach der nötige wirtschaftliche Rück-halt. Besser eine regierungsfähige Mehrheit gegen uns, als gar keine. Aber das Ziel muß sein, daß wir dabei sind. Das Regierungsprogramm kann natürlich nicht unser sozialistisches Programm sein, aber wir müssen möglichst viel von unserm Geist hineinbringen. Bisher hat es gefehlt an allen Parteien. Und wir müssen uns dahin wandeln, daß wir Mitglied einer Regierungsmehrheit werden können. Wenn wir vor taktischen Notwendigkeiten einen unserer Grundzüge zeitweilig zurückstellen, so geben wir deshalb doch nichts davon auf. Wir müssen uns mit Ehren Regierungsozialisten nennen, weil wir mit-regieren wollen. Wir wollen nicht bloß draußen lärmen, die Fenster einwerfen, wir müssen uns freimachen von jedem Dogma-tismus, um die Macht zu erobern und in unserem Sinne zu regieren. (Beifall.)

Abg. Stutzart begründet den Antrag, in packender Sprache ein Aktionsprogramm zu veröffentlichen. Die Parteileitung sei sich der großen Aufgaben für die Nachkriegszeit offenbar bewußt. In gleicher Richtung zielt der Stutzarter Antrag. Wir wollen

Seine Revision unserer Programms, das sich durchaus bewährt hat. Wir haben in aller Kürze und Klarheit zu untersuchen und festzustellen, wie wir die furchtbaren Wirkungen des Krieges am schnellsten überwinden. Not und Elend werden dann noch viel entsetzlicher sein als heute. Da müssen wir den Mut haben einen Halt bieten und dem Volk den Weg aus dem Elend heraus zeigen.

Abgeordneter Bloß: Unser Antrag will die

Schaffung eines Aktionsprogramms

übern, wie es schon in Erfurt gefordert wurde. Seit der Entlassung der deutschen Sozialdemokratie haben wir vier große Parteiprogramme gehabt. Ein Parteiprogramm ist nicht unveränderlich, es muß den Verhältnissen angepaßt werden. Alle Parteiprogramme waren kurzlebiger als das jetzige, das mit seinen 23 Jahren das greisbarste von allen ist, die wir bisher gehabt haben. (Sehr gut!) Es ist lange vor der Katastrophe geschaffen. Es sollen keine Grundzüge aufgegeben werden, aber dieser Weltkrieg ist ja der oft erwähnte große Kladderatsch, vielleicht die größte Revolution. Die Schwerpunkte haben sich verschoben, um Humboldts Kennzeichen einer Revolution einzuführen. Sogar fünf Monarchen sind gestürzt worden. Ne länger ein Programm, desto größer seine Verheerung, sagte Lassalle und hatte recht damit. Unser jetziges Programm ist eigentlich eine ökonomische Abhandlung mit wenigen politischen Dichtern und mit der marxistischen Scholastik daneben, die alles Nichtwichtigste auf den Index gesetzt hat. Wir müssen uns im Programm von der Marx-Scholastik freimachen, auch muß das Wächtergeiz und die Antiträgerwissenschaft verschwinden. Für ein neues Programm sind aber sorgfältigste Vorarbeiten nötig und dazu soll der Antrag Stuttgart dienen. (Beifall.)

Abg. Dr. Gradnauer: Wir täuschen uns nicht darüber, daß trotz der Kriegseindrücke und Ideen Demokratisierung und Parlamentarisierung nur durch sehr schweren Kampf durchzusetzen sein werden. Die konservativen Kräfte wollen durch einen „Siegfrieden“ den demokratischen Gedanken niederwerfen. Daß sich die heutigen Staatseinrichtungen nicht behaupten, die auswärtige Politik ebenso wenig wie die Ernährungsfrage, liegt vor aller Augen. Hinter all dem steht das große Problem der Demokratie des deutschen Volkes. Der Kampf um den Bundesrat und die Klassenparlamente der Einzelstaaten stehen im Vordergrund. Unser demokratisch-parlamentarisches System braucht nicht vollständig nach englischem Muster eingerichtet zu werden, aber daß die Volksvertretung regieren soll, darüber sind wir einig. Die Mitarbeit des Reichstags an der Papstantwort hat Herr v. Kuhlmann beispiellos hingestellt, er hat aber vergessen, daß ja im Westen die Regierung selbst ein Parlamentarismus ist. Mit der Schaffung einer regierungsfähigen Reichstagsmehrheit hat es doch seine Schwierigkeiten. Verantwortlichkeiten, die an uns herangetragen, haben wir zu übernehmen, aber auf gebrechliche Kräfte zu treten, haben wir keine Eile. Kommt die Parlamentarisierung, so verliert der Bundesrat die Souveränität, daher der Widerstand Deutschlands. Die Kernfrage ist das preussische Wahlrecht, da stehen uns die größten Schwierigkeiten bevor. Erziehungsarbeit haben wir am ganzen Volke zu leisten. Die Rückständigkeit unseres Schulwesens in geographischer und geschichtlicher Beziehung hat der Krieg gelehrt. Alles für das Volk, aber auch alles durch das Volk. (Beifall.)

Reese-Oldenburg: Durch unsere Erziehungsarbeit haben wir den Arbeitern Selbstbewußtsein beigebracht. Aber daß es daran noch viel fehlt, das ermöglicht allein den reaktionären Geist der Verwaltung und den Druck auf die Untergebenen zugunsten der Vaterlandspartei. Wenn der Krieg vor 100 Jahren so große Umwälzungen gebracht hat wie die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Städteordnung, so müssen diesem Krieg noch größere Fortschritte von selbst folgen. Das muß die Arbeiter mit Selbstbewußtsein erfüllen, sie sind fähiger als manche Bürgerliche, in die Verwaltung einzutreten. (Beifall.)

Bromme-Lübeck: Der Reichstag muß mitwirken bei der Berufung des Kanzlers. Die Krone muß den neuen Mann der Mehrheit entnehmen. Sie müßte sich freilich bei jedem Kanzlerwechsel erst konsultieren, was aber recht interessant wäre. Mit Recht aber sagt Heilmann, daß der Kanzler nicht nur Politiker, sondern auch Organisator und Verwaltungsmann sein muß. So dürfte ein Kanzler nicht mehr entlassen werden wie Bethmann Hollweg. Der Bundesrat dürfte nicht mehr geheim sein und sollte mit einem Reichstagsausschuß zusammen tagen und beschließen. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Bundesstaaten stößt auf große Widerstände. In manchen Staaten ist noch gar nichts geschehen und in Mecklenburg wird sicher erst die Reichsgesetzgebung Wandel schaffen. Die Einbürgerung in den Bundesstaaten und die Aufnahme der Ausländer in die Reichszugehörigkeit, namentlich wenn sie in Deutschland geboren sind, muß erleichtert werden.

Donath-Bremen schließt sich Bloß in Bezug auf die Programmrevision an, doch sei es jetzt mitten in der Woche zur Einsetzung der Kommission noch zu früh. Der Demokratisierung muß die Parlamentarisierung vorausgehen. Heilmanns Artikel in der „Blode“ gegen die Parlamentarisierung war eine unverantwortliche Taktlosigkeit, die unsere vorwärtsgehende Arbeit lähmt. Freilich bei den Bürgerlichen hat Heilmann Anknüpfung gefunden. Gerade die bremischen Freisinnigen sind gegen das allgemeine Wahlrecht, weil das Bremer Parlament auch verweigert und die Arbeiter dann Einspruch hätten. Die Wahlrechtsdeputation arbeitet hinter verschlossenen Türen. Die Reichstagsfraktion muß auf das allgemeine Wahlrecht in allen Bundesstaaten hinwirken.

Abg. Heinrich Schulz (Zentralbildungsausschuß): Eine Demokratie ist mit Aussicht auf Erfolg nur möglich, wenn die Menschen wissen, was sie wollen. Eine der wichtigsten nächsten Aufgaben der Partei ist es, die Massen für den Sozialismus zu schulen. Planmäßige Bildungsarbeit ist nach dem Kriege nötiger als zuvor und sie wird in mannigfacher Beziehung durch die Kriegserfahrungen. Vorausgehen muß ihr eine solide Jugendbewegung. Auch sie hat aus den Kriegserfahrungen sehr viel gelernt. Vor allem muß die Jugend-erziehung viel mehr als früher eine Sache der Erziehung und nicht der Politik sein. Die Erziehung kann aber nicht erst mit dem 14. Jahre beginnen. Bisher war die Schule sozialistenfeindlich und das Arbeiterhaus leider zur Erziehung wenig geeignet. In Zukunft wollen wir natürlich die Kinder nicht zu Sozialisten machen, aber sie müssen frühzeitig in die Gedankenwelt des Sozialismus als künftigen Gestalter des Staates hineingeführt werden. Hierin hat sich durch den Krieg manches zum Guten geändert. Ohne Mutter im Hause keine häusliche Erziehung. Darum muß die Frauenarbeit nach dem Kriege von der Gesellschaft aus verringert werden; dieser erwachsen somit gewaltige Aufgaben der sozialen Fürsorge.

Abg. Landberg (Schlußwort): Mein Referat ist von keiner Seite angefochten. Wir sind uns über die Frage der Demokratisierung einig und darüber, daß davon nicht zu reden, sondern daß sie zu verwirklichen ist. Der Parteivorstand ist gewillt, die beantragte Kommission zur Ausarbeitung eines Aktionsprogramms einzusetzen.

Ich glaube nicht, daß die Genugtuung des Genossen Peus über die Abwesenheit von Männern teilen, die jahrzehntlang mit uns gekämpft haben. Das beweist der Bescheid, in dem Sie Ihrer Sehnsucht nach Einigkeit der deutschen Arbeiterklasse Ausdruck gegeben haben. Sie gewaltiger ein Organismus ist, für desto mehr Anschauungen hat er Platz. Uns ist jeder willkommen, dessen Herz von Sehnsucht nach einem freieren Deutschland, nach einer Gesellschaft ohne Elend und Unwissenheit, nach einem Bund aller Völker erfüllt ist. (Sehr gut!) Wir erwarten den Sieg des Sozialismus und des Gedankens der Internationale nicht von dem Wohlwollen guter Menschen. Das politisch befreite Volk wird in friedlichem Ringen die sozialistischen

Ideale der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und der Verbrüderung der Völker verwirklichen. Im Kampf um die politische Befreiung werden wir die Hilfe feines Bundesgenossen verschmähen, aber mit kleinen Jugendschritten, die am Besen des Obristenstaates nichts ändern, lassen wir uns nicht abfinden. (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsbotenschaft des Königs von Preußen geht zu, daß das Deutschland nach dem Kriege auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhen müsse. Aber sie garantiert dieses Recht nicht. Es wird erkämpft werden müssen, und dieser Kampf, der mit einem Siege enden muß, wird seinen Wert erhöhen. Fällt das preussische Dreiklassenhaus, so kann es in keinem deutschen Bundesstaat noch ein reaktionäres Wahlrecht geben. Ist Preußen für die Demokratie erobert, so gibt es keinen Schlupfwinkel für die Reaktion in Deutschland mehr. Unter dem Selbstbestimmungsrecht werden die großen Kulturaufgaben gelöst werden, die heute durch die Wahlrechtsfrage zurückgeblieben sind. Der Aufstieg des deutschen Volkes zur Kultur hat zur Voraussetzung die Befestigung des Dreiklassenwahlrechts. Wir wollen den größtmöglichen Erfolg mit Einsetzung der geringsten Kraft erreichen, aber wir sind gewillt, alle Kräfte aufzubieten, die nötig sind, um uns politisch zu befreien. Durch Annahme der Revolution Löbe haben wir die herrschenden Klassen auf die Verantwortung hingewiesen, mit der sie sich belassen, wenn sie ihren freiheitlichen Versprechungen nicht die Tat folgen lassen. Die Geschichte fragt nur danach, ob die Notwendigkeiten der Zeit erfüllt worden sind, nicht danach, mit welchen Mitteln sie erfüllt worden sind. Den Massen des deutschen Volkes rufen wir zu: Seid einig, denn Einigkeit wird Eure Kraft vervielfachen, und seid begeistert, denn Ihr braucht Begeisterung, um große Dinge vollbringen zu können. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Damit ist der Punkt Demokratisierung erledigt. Die Debatte wird beim Referat „Finanzfragen“ auf Freitag vormittag verlagert.

Die Verpflegung des Heeres.

D. Stücken, R. d. N.

Die dem Soldaten im Felde zuzubehenden Rationen sind in der Kriegsverpflegungsvorschrift niedergelegt, die einen Unterschied zwischen Mann und Offizier nicht kennt. Die dort vorgesehenen Rationen sind reichlich bemessen, so daß in den ersten Monaten des Krieges über das Ausmaß an Lebensmitteln nicht geklagt wurde, höchstens über die Art der Zubereitung, die vielfach nicht gerade in den geliebtesten Händen lag. Es ist auch gar nicht zu bestreiten, und im Reichstag ist es auch von sozialdemokratischer Seite offen anerkannt worden, daß die Heeresverwaltung immer von dem Bestreben geleitet war, nur Lebensmittel von tadelloser Beschaffenheit zu liefern. Sie konnte das, weil sie an bestimmte Preise nicht gebunden war. Sie müßte es aber auch tun, weil der Zustand der Truppenverpflegung im engsten Zusammenhang mit der Schlaffertigkeit und Widerstandskraft des Heeres steht. Leider konnten sich die reichlich bemessenen Rationen der Kriegsverpflegungsvorschrift bei der langen Dauer des Krieges nicht aufrechterhalten lassen. Wohl am schwersten empfunden wurde die bei den Truppen in der Heimat vorgenommene Herabsetzung der Brotration von 750 Gramm auf 500 Gramm täglich. Mit dem Brotgeld von 5 Pf. für die fehlenden 250 Gramm war den Soldaten nicht gebient, erstens konnten sie sich mangels Brotarten Brot nicht kaufen und zweitens standen die 5 Pf. Entschädigung in keinem Verhältnis zu den erheblich gestiegenen Brotpreisen.

Dazu kam noch, daß der Mangel an Lebensmitteln natürlich auch an der Armees nicht spurlos vorübergehen konnte, wenn auch zum Beispiel Kolonialwaren in umfangreicherem Maße für die Truppen mit Beschlag belegt worden sind. In der Truppenverpflegung mußte eine „Umstellung“ eintreten, die man selbst beim besten Willen nicht als eine Verbesserung bezeichnen kann. An die Stelle von Nahrungsmitteln, die nicht mehr oder nur in ungenügender Menge beschafft werden konnten, mußten andere treten; Fleisch wurde vielfach durch Fische, Kartoffeln durch Dörrgemüse usw. ersetzt. Diese „Umstellung“ hat dazu geführt, daß die Kriegsverpflegungsvorschrift in ihrer ursprünglichen Fassung heute fast in keinem Punkt mehr zutrifft. Die Folge ist, daß die Soldaten heute vielfach nicht wissen, was ihnen an Rationen zusteht, denn für den einzelnen Mann ist es natürlich eine Unmöglichkeit, die zahllosen Abänderungen der Verpflegungsvorschriften übersehen zu können.

Nachstehend lasse ich deshalb eine absolut authentische Zusammenfassung der Tagesätze folgen, die den mobilen Formationen jetzt zusteht:

- Brot:** 600 Gramm. — Truppen im Gebirge über 1000 Meter hoch bis 1000 Gramm Brot, Truppen vorderster Linie, sonst angelegte Truppen und Jugendliche bis 750 Gramm.
- Fleisch:** frisch, gefalzen, gefroren, durchschnittlich 250 Gramm oder Rauchfleisch, Speck, Fleischwurst 150 Gramm oder Fleischkonserven 150 Gramm oder Salzfleisch, Rauchfleisch, Marinade 250 Gramm oder geköpfte Heringe 200 Gramm oder Hühnerfleisch 600 Gramm oder frische Seezische 400 Gramm oder Salzische 300 Gramm oder Klippfische 200 Gramm
- Weizenmehlzufluß:** bis 20 Gramm
- Semmel:** Reis, Graupen, Orzje, Grieß, Nudeln 125 Gramm oder Hülsenfrüchte 250 Gramm oder Dörrgemüse 80 Gramm oder Gemüsekonserven 150 Gramm oder Kartoffeln 300 Gramm oder Kartoffelflocken 50 Gramm oder Dörrkartoffeln 60 Gramm oder Rubeln 200 Gramm oder Speiserüben 1200 Gramm oder frischer Kohl, frische Gurken, Salz- oder Essiggurken 1200 Gramm
- Sauerkohl:** 450 Gramm oder Backobst 125 Gramm oder Spinat, gefalzen (in Pfässern), oder Salzalat, oder Rot-, Wirsing, Blumenkohl in Salz, oder Karotten in Salz 400 Gramm oder Schnittbohnen (in Pfässern) 250 Gramm oder Nüchtemilch 600 Gramm
- Salz:** 25 Gramm.
- Kaffee:** gebrannt 10 Gramm und Zichorie 6 Gramm.
- Tee:** 2 Gramm.
- Zucker:** 17 Gramm.
- Kakao:** nebst 25 Gramm Zucker 15 Gramm
- Fett:**
- | | | |
|--|------------|----------|
| Putter | 55 Gramm | 65 Gramm |
| oder Schmalz, fettes Schweinefleisch in Wäpfen | 55 | 65 |
| 80 Gramm Marmelade oder Obstarmelade: | 125 Gramm. | |
| Reiswurst, Blut- und Leberwurst | 125 Gramm. | |
- Obst:** im Monat auf den Kopf 200 Gramm.
- Gewürze:** 25 Gramm frische Zwiebeln oder 2 1/2 Gramm Dörr-(trockene) Zwiebeln oder 0,4 Gramm Pfeffer oder 0,1 Gramm Paprika

- oder 2,0 Gramm Kümmel oder 0,1 Gramm Keilblüte oder 0,05 Gramm Lorbeerblätter oder 0,2 Gramm Majoran oder 0,05 Liter Essig oder 0,05 Liter Speiseöl oder 3,0 Gramm gemahlener Jint oder 2,5 Gramm Senf (Nostrod). Bei Verausgabung von Trocken-(Klapp-) und Salzischen wird neben der sonstigen Gewürzportion eine besondere Senfportion in obiger Höhe verabsolgt.
- Zigaretten:** 2 Zigaretten und 2 Zigaretten oder 20 Gramm Rauchtabak oder 25 Gramm Schnupftabak oder 5 Gramm Schnupftabak

Dazu ist zu bemerken: Fleisch gibt es nur an sechs Tagen in der Woche. Für den siebenten, also fleischlosen Tag, kann an jedem Tage der Woche ein Weizenmehlzufluß bis zu 20 Gramm gegeben werden. Truppen vorderster Linie können 300 Gramm für den Kopf und Tag erhalten. Dafür bekommen dann die übrigen aber entsprechend weniger. Die Tagesätze an Gemüse können zur Hälfte oder zu einem Drittel auch aus Kartoffeln bestehen. So lange die Kartoffelernte von 1500 Gramm pro Tag nicht geliefert werden kann, darf für jede 100 Gramm fehlender Kartoffeln 80 Gramm Gemüse gegeben werden. Kaffee gibt es nur an sechs Tagen in der Woche, am siebenten Tag werden andere Getränke gegeben, in der Regel Tee. Die Kaffeeportion besteht pro Mann und Tag aus 5 Gramm Bohnen und 5 Gramm Malz- oder Weizenkaffee. Fehlen diese Zuläge, dann sind insgesamt 10 Gramm Bohnenkaffee zu geben. Kakao dagegen wird nur nach ärztlicher Verordnung verabreicht. Die Verlorenung mit Fett hängt natürlich ganz vom Nachschub ab, jedoch unter Umständen nur an drei Tagen Butter, dafür dann an zehn Tagen Wurstkonserven oder statt Schmalz Marmelade gegeben werden kann.

Schwieriger liegt es mit der Verpflegung der Truppen in der Heimat. Für die Verpflegung dieses Teiles der Armee sind keine bestimmten Portionsmengen festgesetzt; es ist nur vorgeschrieben, eine gute und ausreichende Kost zu gewähren. Die Truppenteile erhalten Pauschbeträge, die sich zurzeit je nach den Preisverhältnissen etwa zwischen 95 Pf. und 1,05 M. für den Kopf und Tag bewegen. In der Festlegung des Speisezettels und der Vermessung der Verpflegungssätze haben die Truppenteile nach Maßgabe der verfügbaren Geldmittel im allgemeinen freie Hand. Nur hinsichtlich der rationierten Verpflegungsmittel ist der Verbrauch an Höchstmengen gebunden, die für Fleisch 600 Gramm und für Fett aller Art 80 Gramm wöchentlich betragen. Außerdem werden an Brot täglich 500 Gramm geliefert, die natürlich auf die oben erwähnten Pauschbeträge nicht angerechnet werden. (z)

Soziales.

Arbeitszwang für Kriegerfrauen.

In Bonn wurden einer Reihe von Kriegerfrauen die nachstehenden Schreiben zugestellt. Soweit wir in Erfahrung bringen konnten, handelt es sich nur um Frauen, die Unterstützung beziehen. Wir verzichten darauf, ein Wort der Kritik anzufügen. Dies würde die Wirkung der Schreiben nur abschwächen.

Die Ortspolizeibehörde. Bonn, den 29. September 1917.

Unter Bezugnahme auf die umseitige Verordnung des Gouverneurs der Festung Köln und unter Hinweis auf die Strafbestimmungen in § 5 dieser Verordnung werden Sie hiermit benachrichtigt, daß Sie bei eintretenden Ver- und Entladungsschwierigkeiten von Eisenbahnwagen zur Arbeitshilfe herangezogen werden sollen.

An Frau Alfred Gesser, Bonn.
Stellvertretendes Generalkommando des 8. Armeekorps.
Abt. V. W. Nr. 5703.

Köln, den 7. 8. 1917.
Verordnung über Arbeitshilfe bei Entladungsschwierigkeiten.
Auf Grund des § 9 b des Gesetzes vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. 12. 1915 wird für den Bereich des 8. Armeekorps angeordnet:

§ 1. Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Aufforderung der zuständigen Behörde im Bezirk ihrer Wohn- oder Nachbargemeinde gegen den jeweils am Orte üblichen Lohn ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechend Arbeiten zu übernehmen, welche zur Vermeidung von Verzögerungen bei der Ver- und Entladung von Eisenbahnwagen und zur Beschleunigung des Wagenumlaufs notwendig werden.

§ 2. Die Aufforderungen erfolgen durch die Ortspolizeibehörde. Sie dürfen nur ergehen, wenn sie unbedingt erforderlich sind, um die rechtzeitige Durchführung der in § 1 aufgeführten Arbeiten sicherzustellen. Unter dieser Voraussetzung ist eine Heranziehung auch an Sonn- und Feiertagen zulässig.

§ 3. Zeugnisse von Arbeits- oder anderen beamteten Verträgen befreien, soweit sie die Unfähigkeit zu der aufgetragenen Arbeit bescheinigen, ohne weiteres von der Verpflichtung zur Arbeitshilfe.

§ 4. Gegen die Heranziehung zur Arbeit und gegen die Festsetzung der Entlohnung steht die Beschwerde an den Landrat bzw. in Städten an den Regierungspräsidenten offen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die Entscheidung der Aufsichtsbehörde ist endgültig.

§ 5. Wer einer auf Grund des § 1 erlassenen Aufforderung ohne ausreichenden Grund nicht nachkommt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 6. Die Verordnung tritt am Tage der Verkündung in Kraft.
Der Kommandierende General:
v. Bloß,
General der Infanterie.

Gouvernement.
IV a 21424.
Vorstehende Verordnung wird auf den Festungsbereich ausgedehnt.
Köln, den 14. August 1917.

Der Gouverneur der Festung Köln.
v. Postow, Generalleutnant.

Hilfsdienst und Handwerk.

Das Hilfsdienstgesetz schafft doch recht eigenartige Situationen. Da sind z. B. in Spandau auch familiäre nicht über 60 Jahre alten Schuhmachermeister für Hilfsdienstpflichtig erklärt worden. Natürlich ist die Zahl der über 60 Jahre alten Meister sehr gering, und diese würden nicht in der Lage sein, die Arbeiten zu bewältigen, da in Spandau jetzt fast 100 000 Arbeiter beschäftigt sind. Dies hat denn auch Veranlassung dazu gegeben, einer Reihe der jüngeren Schuhmacher bis zum 1. September Frist zu geben. Trotzdem sind von den etwa 100 selbständigen Schuhmachern schon gegen 50 im Hilfsdienst beschäftigt. Die Folge ist, daß die Spandauer zum großen Teil ihre Schuhe nicht repariert bekommen. Schon hat sich das königliche Feuerwerkslaboratorium an die Schuhmachereinnung gewandt, die ihr Schuhmacher nachweisen soll, die die Schuhe für das Personal instand setzen können. Natürlich wird das noch schlimmer werden, wenn die Jahreszeit ungünstiger wird und trotzdem damit fortgefahren wird, selbständige Schuhmacher einzuziehen. Vielleicht werden dann auf den einzelnen Werken Sachkundige im Hilfsdienst mit Schuhmacherarbeiten beschäftigt. Das wäre allerdings ein schnurriger Ausgleich.

Groß-Berlin

Ein „Zentner“ Preßkohlen.

Bei der für diesen Winter angeordneten Regelung des Kohlenverbrauchs sind die den Verbrauchern zu gewährenden Kohlenmengen nach dem Gewicht festgelegt worden. Die erste Zuteilung von Kohlen beträgt z. B. für eine Wohnung von einem Zimmer und Küche 10 Zentner, für eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche 15 Zentner und so weiter. Da aber der Kohlenhandel die Preßkohlen nicht nach Gewicht verkauft, so wird die auf den Zentner entfallende Menge mit 110 Stück angenommen. Diese Bemessung scheint von der Voraussetzung auszugehen — die durchaus falsch ist —, daß alle Sorten Preßkohlen gleich schwer seien. Wer sich die geringe Mäße machen will, das Gewicht der verschiedenen Sorten zu ermitteln, kann da sehr erhebliche Unterschiede finden. Ein Leier unseres Mattes hat uns zwei Sorten Preßkohlen vorgelegt mit der Versicherung, daß ihm von jeder Sorte 55 Stück als 1/2 Zentner verkauft worden seien. Durch Wägen haben wir festgestellt, daß von der einen Sorte das Stück durchschnittlich 428 Gramm, von der anderen das Stück gar nur durchschnittlich 388 Gramm wog. Bei 110 Stück erhält man von der einen Sorte 47080 Gramm, etwas über 94 Pfund, von der anderen Sorte nur 42190 Gramm, rund 84 1/2 Pfund. Man verliert am Zentner (gleich 50000 Gramm) in dem ersten Fall 2920 Gramm, ziemlich 6 Pfund, in dem zweiten Fall 7870 Gramm, rund 15 3/4 Pfund. Wer für zwei Zimmer und Küche 15 Zentner Kohlen zu beanspruchen hat und auf den Zentner immer nur 110 Stück solcher Preßkohlen erhält, verliert in dem ersten Fall 43800 Gramm, über 87 1/2 Pfund, in dem zweiten Fall 118030 Gr., über 236 Pfund. Abgesehen davon, daß er mit der leichteren Preßkohle wahrscheinlich auch bei der Preisbemessung schlechter wegkommt, büßt er einen beträchtlichen Teil der ihm zuzurechnenden, ohnedies sehr knappen Kohlenmenge ein. Erhalten müßte er auf den Zentner statt 110 Stück von der Kohle zu 428 Gramm mindestens 116 Stück, von der Kohle zu 388 Gramm mindestens 130 Stück, mithin auf 15 Zentner statt 1650 Stück in dem einen Fall mindestens 1740, in dem andern Fall mindestens 1950 Stück. Die Bemessung des „Zentners“ mit 110 Stück ohne Rücksicht auf das Gewicht ist zwar nicht bei allen Kohlenhändlern, aber bei vielen üblich sein.

Es ist dringend nötig, daß mit entsprechenden Anordnungen gegen diese schwere Schädigung der Verbraucher eingegriffen wird. Entweder muß den Kleinhändlern je nach der Sorte Preßkohlen, die sie verkaufen, die Stückzahl pro Zentner genau vorgeschrieben werden oder die Händlern müssen angehalten werden, nur Preßkohlen von bestimmtem Gewicht — 110 Stück auf einen Zentner — herzustellen.

Die Kohlenversorgung der Gewerbetreibenden.

Der Kohlenverband Groß-Berlin erläßt folgende Bestimmungen:
§ 1. Die im Abschnitt D der Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 6. Juli 1917 getroffenen Bestimmungen für gewerbliche Betriebe mit einem Durchschnittsmonatsverbrauch von höchstens 10 Tonnen werden aufgehoben.
§ 2. Zu Zwecken gewerblicher Arbeit in Mähdreien, Schlägereien, Gashütten, Gashöfen, Badeanstalten und ähnlichen Betrieben, soweit sie dem täglichen Bedarf der in der Gemeinde wohnenden und sich vorübergehend aufhaltenden Bevölkerung dienen, und sonstigen Gewerbetrieben, deren Verbrauch monatlich weniger als 10 Tonnen (200 Zentner) beträgt, dürfen Kohlen nach dem 1. November 1917 nur gegen Gewerbescheine entnommen werden. Für die Beheizung von Werkstätten, Lagerräumen, Büros und sonstigen Arbeitsräumen verbleibt es bei den Bestimmungen der Verordnung vom 6. Juli 1917. Für Ofenbeheizung dürfen demnach Kohlen nur gegen Kohlenkarte oder Sonderkarte abgegeben oder entnommen werden.
§ 3. Die Gewerbescheine werden von der Kohlenstelle Groß-Berlin, Berlin W. 9, Einfuhr 25, ausgegeben. Die Ausgabe der Gewerbescheine erfolgt durch die belagerten Reichsbetriebe wochentags in der Zeit vom 26. bis 31. Oktober.
§ 4. Die Gewerbescheine sind nicht übertragbar. Abgabe der Kohlen an dritte ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Kohlenstelle Groß-Berlin zulässig.
§ 5. Die Gewerbescheine sind mit monatlichen Abschnitten versehen. Die Abschnitte dürfen vor dem Zeitpunkt, für den sie gelten, nicht eingelöst werden. Bei der Lieferung der entsprechenden Mengen Kohlen sind sie von dem Kohlenhändler abzurufen. Abgetrennte Abschnitte sind unzulässig.
§ 6. Der Kohlenhändler hat abmonatlich, und zwar spätestens bis zum 15. jeden Monats, die abgetrennten Abschnitte geordnet und gebündelt der zuständigen Wohnkommune postgebührenfrei einzureichen.
§ 7. Verbraucher der in § 2 bezeichneten Art, die Kohlen in den Geltungsbereich dieser Verordnung selbst einführen, haben dies vor dem Eintreffen der Kohlenstelle Groß-Berlin unter Angabe der Menge und Art sowie des Anfahrts-Wahnhofes oder Hafens telegraphisch anzuzeigen.
§ 8. Kohlen im Sinne dieser Verordnung sind Steinkohlen jeder Art, Braunkohlen jeder Art, Peletts jeder Art, sowie Koks jeder Art und Anthrazit. 1 Zentner Peletts gilt = 110 Ganzsteine, 1 Zentner Koks gilt = 1 Heholter Koks.

Zu widerstandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. und mit einer dieser Strafen bestraft. Auch kann auf Einziehung der Brennstoffmengen erkannt werden, auf die sich die Widerstandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter geschuldet oder nicht.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Ueber die Freigabe von Abschnitten der Sonderkarte wird folgendes bestimmt:

§ 1. Vom 25. Oktober 1917 dürfen gegen Vorlegung der Sonderkarte Kohlen auf die Abschnitte 1 bis 4 je 2 Zentner abgegeben und entnommen werden. Die Kohlenhändler haben eine der gelieferten Menge entsprechende Zahl von Abschnitten der Sonderkarte abzurufen. Die Abgabe von Kohlen auf abgetrennte Abschnitte ist unzulässig.
§ 2. Zu widerstandlungen werden mit den im obenstehenden § 8 angegebenen Strafen geahndet.

Heizung aller Berliner Gemeindeschulen.

Um die Möglichkeit zu geben, die großen Läden, die durch den Landaufenthalt in dem Winter vieler Kinder entstanden sind, auszulassen und aus diesem Grunde eine übermäßige Heizung des Unterrichts zu vermeiden, hat der Magistrat von Berlin beschlossen, sämtliche Gemeindeschulhäuser in diesem Winter heizen zu lassen. Diejenigen Schulen, deren Unterrichtsräume durch Militär immer noch belegt sind, erhalten in den Nachbarschulen ihren Unterricht. In diesen Räumen, die also doppelt belegt sind, hat jede Schule dreimal in der Woche von 8-1 und dreimal von 2-6 Uhr Unterricht. In allen übrigen Schulen beginnt der Unterricht wie bisher um 8 bzw. 9 Uhr, doch soll im Dezember und Januar der Unterrichtsbeginn der Gadesporns wegen, auf 1/9 Uhr verlegt werden und dafür eine halbe Stunde länger dauern. Wie im vorigen Winter werden in einer großen Anzahl von Gemeindeschulen die Kinder Gelegenheit haben, nachmittags ihre Schularbeiten unter Aufsicht eines Lehrers zu fertigen.

Verringerung der Butterration?

Das Nachrichtenamt des Magistrats schreibt: In mehreren Tageszeitungen sind Mitteilungen enthalten, daß in der nächsten Zeit Veränderungen in der an die Groß-Berliner Bevölkerung zur Verteilung kommenden Butterportion eintreten würden; eine Mitteilung ging auch dahin, daß abwechselnd nur Butter oder nur Margarine verteilt, und daß als Ersatz für Butter 210 Gramm Marmelade wöchentlich ausgegeben werden sollen. Der fettreiche Groß-Berlin ist über solche Absichten der staatlichen Stellen bisher

keine Nachricht zugegangen. Auf eine gelegentliche Andeutung hin, daß möglicherweise die Butterüberweisungen vom November ab verläßt werden würden, so daß sich das bisherige Verhältnis der Butter zur Margarineportion umkehren würde, hat die Fettstelle Groß-Berlin bei der zuständigen Stelle Einspruch erhoben und insbesondere unter Hinweis auf die überaus starke Beschränkung, der die Bevölkerung bei der Milch unterworfen werden mußte, dringend gebeten, von einer Verfürgung auch noch der Butterration abzusehen.

Soweit die Mitteilung des Magistrats. Wir erwarten, daß eine Herabsetzung der Butterration erst dann vorgenommen wird, wenn die heute noch in großen Mengen im freien Handel vertriebene Butter vom Landesfettamt erfasst worden ist. Aus den Kreisen der Pamitionsarbeiter gehen uns immer noch bewegliche Klagen zu, wonach in den Betrieben Butter mit 8 M., 9 M. und weit darüber gehandelt wird. Im Privathandel werden natürlich heute schon bedeutend höhere Preise, zwischen 15-18 M. gefordert.

Fleischnachlieferung.

Die Nachlieferung des Fleisches auf die nicht eingelösten Fleischmarken der Woche vom 17.-23. September wird Ende kommender Woche erfolgen. Um eine genaue Kontrolle über die nachträglich auszugebenden Fleischmengen zu haben, hat das Landesfleischamt für die Nachlieferung ein Voranmeldebestimm angeordnet. Die Anbieter solcher nicht eingelösten Fleischmarken müssen ihre Marken zunächst, und zwar spätestens bis Montag, den 22. Oktober, bei ihrem Schlächter gegen eine vorgeschriebene Empfangsbescheinigung abgeben und erhalten dann in der Zeit vom 25.-28. Oktober gegen Rückgabe dieser Empfangsbescheinigung die ihnen noch zustehende Fleischmenge. Außerdem steht ihnen die laufende Wochenmenge zu, die sie aber nicht gleichzeitig mit dem nachzuliefernden Fleisch zu kaufen brauchen.

Neue Kaffeearten.

Zusammen mit den verschiedenen Lebensmittelformen, die im Verlauf der nächsten Tage der Groß-Berliner Bevölkerung wieder angeboten werden, werden diesmal auch die neuen Kaffeearten verteilt. Die Anmeldefrist für den Bezug von Kaffeearten wird am 22. d. M., in einzelnen Gemeinden einige Tage später beginnen und bis zum 31. Oktober laufen. Die neue Kaffeearten wird sich von der alten in mehrfacher Beziehung unterscheiden, insbesondere dadurch, daß sie nur für eine einmalige Verteilung in Frage kommen und demzufolge nur ein Doppelfeld (mit Bestell- und Empfangsabschnitt) aufweisen wird.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt Nr. 116 der Lebensmittelformen entfallen 100 Gramm Weizenmehl, auf Abschnitt Nr. 117 250 Gramm lose Suppen. An deren Stelle treten gegebenenfalls 250 Gramm Mergentank oder eine Rolle Erbsensuppe oder 4 Suppentafeln. Die Abschnitte sind in der Zeit vom Freitag, den 19. Oktober bis einschließlich Sonntag, den 21. Oktober, in den durch besondere Verkaufsführer gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbescheinigung abzuholen. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist zur Verfügung stehen.

Keine geringere Getreidemahlung.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Auf Grund eingehender Erwägungen muß von einer Herabsetzung der zur Zeit gültigen Ausmahlungsgrade von 94 Proz. abgesehen werden. Dieser Ausmahlungsgrad gilt für alles Brotgetreide, das die Reichsgetreidestelle oder ein selbstwirtschaftender Kommunalverband einer Mühle zum Ausmahlen übergibt. Er gilt ferner auch für alles Brotgetreide (Voggen, Weizen), welches landwirtschaftliche Unternehmer ausmahlen lassen. Von der Befugnis, Ausnahmen für Selbstversorger-Mühlen zuzulassen, wird von dem Direktorium der Reichsgetreidestelle regelmäßig kein Gebrauch gemacht.

Vorstandssitzung des Preussischen Städtetages.

Die Beratungen des Preussischen Städtetages, die gestern im Berliner Rathaus unter Vorsitz von Oberbürgermeister Bernuth und teilweiser von Stadtdirektor Tramm stattfanden, bezogen sich in der Hauptsache auf Fragen der Verwaltungsreform. Hinsichtlich des Wohnungsgesetzes wurde die Veröffentlichung eines umfangreichen Entwurfs beschlossen, das auf Anfordern des Vorstandes durch Stadtdirektor Sembrich, Charlottenburg, erlassen worden ist. Die im vorigen Juni dem Kultusministerium vorgelegte Denkschrift über die Handhabung der staatlichen Schulverwaltung gegenüber den Städten soll ebenfalls veröffentlicht werden. Weiter wurden hinsichtlich des Verhältnisses der Städte zum Zentral-Viehhandelsverband eine Reihe von Verfassungen gefaßt. Endlich standen mehrere Kandidatenscheidungen von staatlichen Beamten zur Erledigung. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden an Stelle des als Staatssekretär des Innern in den Reichsdienst berufenen Oberbürgermeisters Wallraf wurde Stadtdirektor Tramm-Honnober und zum zweiten Stellvertreter Oberbürgermeister Dr. Köthe-Königsberg gewählt. Dinsgewählt in den Vorstand wurden die Oberbürgermeister Wenaauer-Kölln und v. Brughhausen-Trier.

Wegen die ungeheure Reiseverteilung durch die von den deutschen Eisenbahnverwaltungen eingeführten Zuschläge für D- und Eizüge hat der Pania-Bund in einer Eingabe an die in Frage kommenden Behörden Stellung genommen.

Die Zustände im Elisabeth-Heim, Streiter Str. 43, geben den Anlaß — zum größten Teil Pamitionsarbeiterinnen — zu mannigfachen Beschwerden. Man klagt über die Unsauberkeit, die im ganzen Hause, besonders aber in den Toiletten herrscht, und man ist vor allem entrüstet über die mangelhafte Heizung. Obgleich die „Heimkinder“ in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März monatlich eine Mark extra für Licht und Heizung zahlen müssen, ist in den bitterkalten Tagen dieses Herbstes trotz wiederholter an die Vorsteherin gerichteter Bitten der frierenden Insassen nicht ein einziges Mal gehandelt worden — außer in dem Bureau, in dem sich die Vorsteherin selbst mit ihren Gehilfen aufhält. — Wir hoffen, daß dieser öffentliche Hinweis genügen wird, um eine schleunige und gründliche Abstellung der Mißstände herbeizuführen.

„Der Kriegsinvalide im vierten Kriegsjahr.“ In unserer Notiz in Nr. 238 teilt uns der Inhaber des Restaurants Jelt 3-4 (Unter den Zelten) mit, daß er durch Zufall erst jetzt von dem Vorfalle Kenntnis erhalten hat. Er bedauert die unerhörte Regel, die sich einer seiner Berliner gegenüber dem Kriegsinvaliden erlaubt hat und die ihm um so unbegreiflicher ist, als er es seinem Angestellten stets zur Pflicht gemacht hat, namentlich die das Lokal besuchenden Verwundeten aufmerksam und rücksichtsvoll zu behandeln.

Zirkus Schumann. Mit der neuen Pantomime „Mexiko“ hat die Direktion einen glücklichen Griff gemacht, so daß sie für lange Zeit der Sorge um eine zugkräftige Pantomime entbunden ist. Eine Reihe farbenprächtiger Bilder, denen es auch nicht an einem Zusammenhang mangelt, zieht am Auge des Zuschauers vorüber. Besonders der letzte Akt, der ein geheimnisvolles Chinesisches Tempelfest in San Francisco zeigt, fand mit seiner Kostümpflicht und seinen musikalischen Längen den lebhaftesten Beifall. — Auch die im Spezialitätenakt auftretenden Kräfte boten durchweg Vorzügliches. Besonders genannt seien die drei Reinkies mit ihren waghalsigen Produktionen auf haushohem Mast und die Reiterfamilie Franconi, deren sieben Mitglieder sich als gute Springer und Reiter erwiesen.

Zirkus Busch. Die drei neuen Nummern, die am Mittwoch erstmalig auftraten, bilden eine gelungene Bereicherung des Oktober-Programms. Die Herren Alex und Hermann als Hand- und Rosskünstler arbeiten mit Kraft und Sicherheit, sehr eigenartig und

reizvoll ist die weiße Dame mit ihrem neuartigen Kombinationskostüm. Den bereits des öfteren gezeigten Entfesselungskünsten hat Rolando eine neue Seite hinzugefügt: Er läßt sich von Herren aus dem Publikum mit Ketten fesseln und steigt dann in ein großes mit Wasser gefülltes und durch starke Deckel verschließbares Glasbassin unter Wasser hat er sich nun seiner Fesseln zu entledigen. Am kommenden Sonnabend wird nochmals eine Nachmittags-Vorstellung eingelegt werden, in der auch die neu verpflichteten Künstler auftreten. Für Kinder die bekannte Bergjungfrau.

Familientragödie in Schöneberg. In dem Hause Hauptstraße 145 im Duergebäude in der zweiten Etage wohnte seit einiger Zeit der 30jährige Klempner Radtke mit seiner Ehefrau und seinem vier Monate alten Kinde. Zwischen den Gatten war es seit Wochen zu Zwistigkeiten gekommen, und infolgedessen war Frau R. zu ihrer Schwester nach der Erdmannstraße gezogen. Die Mutter und Schwester des Radtke sorgten, soweit dies ihre Zeit ließ, für das Kind, während der Klempner seiner Arbeit nachging. Am Mittwoch begab sich R., der sehr an seiner Ehefrau zu hängen schien und mehrfach versucht hatte, sich mit ihr auszuöhnen, nach seiner Wohnung und schnitt hier dem im Korbe liegenden Säugling mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Dann erhängte er sich an der Kachelstange. Der Arzt vermochte nur noch den Tod von Vater und Kind festzustellen.

Charlottenburg. Die Arbeiterkurse der Stadt veranstalten Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 1/9 Uhr, eine Färbung durch die Große Berliner Anstalt, Eintrittspreis 25 Pf. Treffpunkt Pariser Platz 4. Der Unterricht der Kurse findet für erwachsene männliche und weibliche Personen in Deutsch Montag und Freitag, in Literatur Mittwoch, abends von 8-10 Uhr, in der Arbeiterschule Wallstr. 80, Hof, Zimmer 1, statt.

Reuthe. Lebensmittel. Von heute ab gelangt ein Brotaufstrichmittel, welches aus ausländischen Innereien und Streckungsmitteln in einer städtischen Fabrik hergestellt wird, durch die Fleischverkaufsstellen an die eingetragenen Kunden zum Verkauf. Die Abgabe erfolgt an die Haushaltungen in Mengen von 1/4 Pfund pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnitts 65 der Lebensmittelformen zum Preise von 2 M. je Pfund und wird durch den Kundenauftrag am Tage vorher bekanntgegeben. In jeder Woche werden etwa 18-18 Fleischverkäufer der Reihe nach mit dem Brotaufstrichmittel beliefert, so daß in etwa zehn Wochen die gesamte Bevölkerung einmal die Möglichkeit zum Bezuge dieses Aufstrichmittels hat. Die Fleischverkäufer sind angewiesen, den Verkauf sofort nach erfolgter Belieferung ohne Rücksicht auf die regelmäßigen Fleischverkaufstage vorzunehmen.

Zum Ausgleich für die Kürzung der Milchportion erhalten die Kinder bis zum 4. Lebensjahre Ersatz durch Ausgabe von Nährmitteln. Für den Monat November wird gewährt: den Kindern im 1. und 2. Lebensjahre: 1 Pfund Hafersoden, den Kindern im 3. und 4. Lebensjahre: 1 Pfund Hafersoden oder Weizenmehl. Die Ausgabe erfolgt ab Montag, den 5. November, in den Verkaufsstellen der Kaufleute Richard Heinrich und Otto Bienecke gegen Vorlegung der November-Milchkarten.

Wilmerdorf. Ausgabe von Sonderkartoffelformen. Zugleich mit den neuen Lebensmittelformen gelangen durch die Brotkommissionen in der Zeit vom 19. bis 23. Oktober Sonderkartoffelformen an alle Kartoffelarteninhaber zur Ausgabe. Diese Karten sind nicht für den laufenden Bedarf, sondern zur Schaffung eines eisernen Bestandes bestimmt, ihre Benutzung hat nur nach vorheriger Bekanntmachung zu erfolgen. Es wird dringend empfohlen, die Sonderkartoffelformen sorgfältig aufzubewahren.

Neue Bezugsarten für Einzelpersonen. Nach Einlösung des Abschnitts „W“ der grünen Bezugsarten für Einzelpersonen verlieren diese ihre Gültigkeit. Die neuen Bezugsarten (7. Ausgabe, rot) sind bereits in den Händen der Bürgerchaft. Bei Einlösung des Abschnitts „W“ der alten Bezugsarten sind die oberen Hälften der neuen Bezugsarten den Händlern vorzulegen. Der Händler hat zu prüfen, ob der die Karten vorlegende Kunde in seine Kundenliste für den Bezug von Grieß, Graupen und Erbsen eingetragen ist. Zutreffendfalls hat er die obere Hälfte der neuen Karte, die die Buchstaben A-M umfaßt, mit seiner Firma zu versehen.

Spandau. Lebensmittel. Einfuhrgenehmigungen zum Bezuge der Kartoffeln aus den Lieferungskreisen können nur noch für solche Haushaltungen erteilt werden, die ihren Winterbedarf bei der Stadt nicht angemeldet haben. Wiederaufnahme getriebener Haushaltungen bzw. Aufstellungen können, da mit dem Abrollen bereits begonnen worden ist, eine Berücksichtigung nicht mehr finden.

Heute beginnt der Verkauf der städtischen Butter auf Butterabschnitt 4. Auf jeden Abschnitt werden 50 Gramm zum Preise von 30 Pf. herausgibt. — Morgen beginnt der Verkauf der städtischen Margarine auf Margarineabschnitt 4. Auf jeden Abschnitt werden 30 Gramm zum Preise von 12 Pf. herausgibt. — Beide Abschnitte verlieren Donnerstagabend ihre Gültigkeit.

Reinickendorf. Brennmaterialienversorgung. Das Ernährungsamt hat ein größeres Quantum Brennholz angekauft. Ein Teil ist bereits geliefert. Sobald eine größere Menge zur Verfügung steht, wird mit der Abgabe an die Bevölkerung begonnen. Der vom Ernährungsamt beschaffte Brennstoff wird eben jetzt auf dem Bahnhof an der Graf-Adern-Allee verkauft. Es ist zweckmäßig, den Bedarf sofort anzumelden (Ernährungsamt, Hauptstraße 40). Der Zentner kostet 7 M., die Abgabe erfolgt in der Reihenfolge der Anmeldungen. Auch war es dem Ernährungsamt möglich, Stein (Förder-)Lohle anzukaufen und einen Posten Gaskohle. Ueber die Abgabe an die Bevölkerung wird feinerzeit näheres mitgeteilt werden.

Schweinefleischverkauf. Die Belieferung der Gemeinde mit Ferkeln hat wieder eingesetzt. Der Verkauf erfolgt (maximal) täglich in den Läden der Gemeinde zum Preise von 4,50 M. pro Pfund.

Friedrichshagen. Milchverteilung. Heute gelangt auf Abschnitt 54 der Lebensmittelformen eine Flasche dänische sterilisierte Vollmilch zur Ausgabe. Der Preis beträgt inkl. Flasche 1,40 M. Leere Flaschen werden in laudemem Zustande zum Preise von 10 Pf. bei der Ausgabe wieder zurückgenommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin VI. Frauenversammlung. Am Montag fand eine gutbesuchte Frauenversammlung statt, in der Genossin Martha Doyne ein mit Beifall aufgenommenes Referat hielt über die Pflichten der Frau im Kriege. Daran schloß sich eine Aussprache über Agitation. Es wurde beschlossen, wieder regelmäßige Frauenabende in den Bezirken stattfinden zu lassen. Eine ganze Anzahl Teilnehmerinnen der „Gleichheit“ wurde in der Versammlung gewonnen und Neuaufnahmen für den Wahlverein gemacht.

Aus aller Welt.

Zugszusammenstoß. Aus Schwerin wird gemeldet: Mittwochabend ist der auf der Fahrt von einem Anschlußgleis nach Bahnhofs Goltshusen befindliche Arbeiterzug infolge Nichtbeachtung des Haltesignals auf in dem Rebenfeld stehende Güterwagen aufgelaufen. Es haben sich vier Arbeiterinnen Knochenbrüche zugezogen, und eine hat eine äußere Verletzung erlitten. Bei etwa 20 Arbeiterinnen sind merkwürdige Störungen festgestellt worden.

Das „Rationalschuhwerk“ ausverkauft. Der erste Vorrat des neuen französischen, vom Staate hergestellten „Rationalschuhwerks“, das in dieser Woche in Paris zum Verkauf kam, wurde im Sturme aufgekauft, so daß nach zwei Tagen nichts mehr vorhanden war. Der Preis dieses staatlichen Schuhwerks ist bedeutend niedriger als der von den Händlern sonst für andere Schuhware verlangte Preis.

Schiffe von Tellen der Hochseeflotte durch die schmale, freigelegte Fahrtrinne nach der Nordküste der Insel Desel. Der Hauptteil der Flotte nahm Kurs auf die Laggabucht, während sich ein anderer Verband von Kriegsschiffen und Transportdampfern dem Soelo-Sund näherte. Voran liefen die Torpedobootsflotten und keine Dampfer mit der Vorhut. Leichtes Morgennebel lag über den Wasser, die nur unbedeutlich die Schattentribe der Kampfschiffe erkennen ließen, während die Küste selbst noch völlig in Dämmer und Dunkel begraben lag. Von den Rüstforts auf Tofti, die den Sund schützen sollten, war nichts zu erkennen. Lange fragten vergebens die geliehenden Kriegsschiffe, die durch ihre Feuer die Landung ermöglichen sollten, bei den vorderen Boten durch Funkpruch nach der Lage der Batterie an. Ein einziger grauer Dunstschleier hatte die Küste verhängt.

Während die vorderen Boote sich unter dauerndem Loten dem Kap Hammerort näherten, blühte es plötzlich von der gegenüberliegenden Südspitze von Dagö auf.

Die Batterie Tofti

hatte den Feind erkannt. Kaum eine Sekunde Später donnerte es auf den deutschen Schiffen auf, die für einen Augenblick in den aufwallenden, rötlich gelben Rauchwolken verschwanden. Am Strande stoben hohe Sand- und Wasserfontänen auf. Die erste Salve lag zu kurz, aber mitten vor den Batterien, die sich durch ihre Mündungsfeuer betrauten hatten. Bald erkannte man die Konturen der Wälle von dem dunklen Hintergrunde des Waldes. Die Batterie mußte von der Transportflotte verlassen und hatte Arbeit genug, sich der Kriegsschiffe zu erwehren. Wieder wurden, gleich weisenden Riesenfüßern, die langen Rohre der Panzertürme in die Höhe, wieder zischten gelbe Feuerstrahlen aus den Mündungen. Die zweite Salve lag im Ziel. Nur noch drei Geschütze feuerten weiter auf Tofti. Bald verstummte das Feuer völlig. Die Batterie war niedergeschlagen.

Inzwischen wimmelte es an der gegenüberliegenden Küste von Hammerort auf den flachen Wasser von Booten, Motorbohlen und Dampfmaschinen, die in eiligem Hin und Her die Forthut an Land trugen. Die auf Hammerort als vorhanden gemeldete Batterie sollte ein Landungskorps der Marine von der Küste her nehmen. Allein die letzten Fliegermeldungen hatten das Vorhandensein dieser Batterie schon zweifelhaft erscheinen lassen, und wirklich fanden die ersten feldgraue gekleideten Blaulack kaum Widerstand. Eine schwache Grenzschutzabteilung wurde zerlegt und zum Teil gefangen genommen. Dann besetzten Patrouillen die

Signalstation Hammerort

und übertrugen brüdenkopftartig das Kap, während die englischen gelandeten Armeetruppen sich eilig auf ihre Fahrräder schwenkten und sofort ostwärts zogen.

Die vor Tofti und Hammerort liegenden Seestreitkräfte unterzogen sich nach Beendigung der Ausschiffung der schwierigen Aufgabe, die Durchfahrt durch den minengesperren, stachen Soelo-Sund freizumachen, um den Eintritt in das Inselfeld zu erleichtern, da nur von hier aus der die Inseln Desel und Roan verbindende Damm unter Feuer genommen werden konnte. Der kleine Sund zwischen diesen beiden Inseln ist eine ganz hohe Wasserstraße, die südlich des Steinbammes überhaupt nicht, nördlich des Damms nur von ganz flachgehenden Reduzungen befahren werden kann. Der Nordteil des kleinen Sundes ist, wie schon erwähnt, außerdem durch das völlig mit Minen besetzte Kasarmit gefüllt, dessen Ausgange in die freie See durch den schmalen und flachen Soelosund führt.

Au dieser Zeit botte der Hauptteil der Flotte die mitgeführten Truppen in der Laggabucht gelandet, um nach Erfüllung dieser Aufgabe nach Süden zu gehen, dort die schweren Geschütze von Jorel auf der Smorshalbinsel niederzukämpfen und dann in den gleichfalls minenbesetzten Rigaischen Meerbusen vorzubringen.

Frankösishe Stimmen zur Desel-Aktion.

"Petit Parisien" schreibt, das Aufkaufen der deutschen Kriegskotte in der Ostsee sei wohl der schlagendste Beweis, daß die Neutralitäten in der Kriegsklotte nicht bedeutend waren und seine ernstlichen Folgen hatten. Das Ziel der Deutschen sei offensichtlich, sich in der Ostsee fester Stützpunkte zu bemächtigen, um im gegebenen Augenblick mit allen Vorteilen den Kampf gegen die russische Flotte aufzunehmen. Es sei die höchste Zeit, daß die russische Regierung endlich die Landesverteidigung energisch organisiere. "Le Vahs" erklärt, die Inseln Desel und Dagö seien von höchster strategischer Bedeutung, sie gestützten den Deutschen eine Kontrolle über alle russischen Stützpunkte. Jetzt sei der Augenblick für die Ententeflotte gekommen, die Einfahrt in die Ostsee zu erzwingen. Man müsse Ruhland helfen, denn es handle sich um das gemeinsame Ziel. Im "Deuvre" beurteilt General Berrang die Lage gleichfalls sehr pessimistisch: die Russen verlieren jetzt eine ausgezeichnete Waffe. Das ganze Ereignis sei sehr unangenehm, leider kümmerle man sich augenscheinlich in einflussreichen russischen Kreisen sehr wenig darum.

Russischer Seeresbericht vom 17. Oktober. Der Feind erzielt weitere Erfolge auf der Insel Desel, warf unsere Truppen, welche den Damm nach der Insel Roan deckten, zurück und unterbrach dadurch die Verbindungen vom Festland nach der Insel Desel. Die Verbindung mit unseren Truppen auf Desel ist verloren gegangen.

Der Luftangriff auf Nancy.

Frankösischer Seeresbericht vom 17. Oktober nachmittags. Gestern abend gegen 7 Uhr haben feindliche Flugzeuge Nancy heftig bombardiert; viele Opfer aus der Zivilbevölkerung werden gemeldet: 10 Tote und etwa 40 Verwundete. Am 18. Oktober sind fünf deutsche Flugzeuge vernichtet worden, vier durch unsere Flieger und eins durch Flugzeugabwehrgeschütze. Außerdem sind 20 feindliche Flugzeuge nach Luftkämpfen beschädigt in ihren Linien niedergegangen. Unsere Bombenflieger haben verschiedenes Ausfälle gemacht: Die militärischen Anlagen von Süllingen und die Bahnhöfe von Diedenhofen, Metziers bei Metz und Wolpp und die Werke von Hagendingen und Rombach haben viele Geschosse erhalten.

Weitere Verschleppung der preussischen Wahlreform.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus wird uns geschrieben:

Mußte es schon einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen, daß dem Abgeordnetenhaus bei seinem Wiederzutritt die so feierlich angekündigte Wahlrechtsvorlage noch nicht unterbreitet war, so wird dieser Eindruck noch verstärkt und wirkt gleichzeitig ein eigentümliches Licht auf die Absichten der Regierung, wenn man hört, daß auch im Laufe dieses Monats an eine Einbringung der Vorlage nicht zu denken ist. Ja, man kann, wie aus einem Schreiben der Regierung an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses hervorgeht, mit voller Sicherheit noch nicht einmal auf ihre Einbringung für Anfang November rechnen. Unter diesen Umständen muß das Vertrauen des Volkes zu den wahlrechtsfreundlichen Absichten der Regierung eine schwere Erschütterung

erleiden. Angesichts der hohen Bedeutung der Demokratisierung Preußens nicht bloß für Preußen selbst, sondern für ganz Deutschland und darüber hinaus für die ganze Welt, und im Interesse der Wahrung unseres Ansehens nach außen müssen wir verlangen, daß die Vorlage dem Landtag unverzüglich vorgelegt wird. Die Regierung ist hierzu um so mehr verpflichtet, als ihre Verzögerung der Reform für die wahlrechtsfeindlichen Parteien das Signal zu weiteren Verschiebungsvorhaben abgibt. Wir wissen mit Bestimmtheit, daß man sich in den Kreisen der Konserverativen mit dem Gedanken trägt, die erste Lesung der Vorlage nicht schon wenige Tage, nachdem sie dem Landtag unterbreitet ist, sondern erst nach einigen Wochen vorzunehmen, da es angeblich notwendig ist, sich mit Vertrauensmännern aus dem Lande darüber zu beraten. Dieses Manöver, das leider auch von Seiten eines Teiles des Zentrums unterstützt wird, ist nur allzu durchsichtig. Man will eben die Reform so weit wie möglich hinauszuziehen und, wenn es irgend geht, ihre Verabschiedung überhaupt verhindern. Aber diesen sauberen Plan werden die Wahlrechtsfreunde, nicht zuletzt die organisierten Arbeiter, durchkreuzen. Sie werden auf der Hut sein, um zu verhindern, daß es den Wahlrechtsfeinden gelingt, ihr Ziel zu erreichen.

Herrenhaus.

Hat sich das Dreiklassenparlament erst nach zwei Sitzungstagen wieder vertagt, so darf sich das Herrenhaus schon nach einem einzigen Tage wieder der „sauer verdienten“ Ruhe hingeben. Nach einer sehr kurzen Sitzung, die die geborenen Gesetzgeber Preußens am Donnerstag mittag abhielten, konnte der Präsident feststellen, daß bis auf weiteres aller Berathungsaufgaben aufgearbeitet sei und daß das hohe Haus vor Ende November keinesfalls wieder zusammentreten werde.

Die Leistung dieser einen Sitzung bestand darin, daß man den Gesetzentwurf über die Förderung der Stadtschulden debattiert annahm, während man an dem Entwurf eines Schätzungsamtsgesetzes einige geringfügige Änderungen vornahm, die aber zur Folge haben, daß der Gesetzentwurf noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurückgehen muß.

Wesentlich interessanter als diese — sozusagen — sachliche Arbeit der edlen und erlauchten Herren war die Rede, mit der der Präsident Graf von Arnim-Boitzenburg die Sitzung eröffnete. Sein echt preussisches Herz ist durch die innerpolitischen Ereignisse der fünfmonatigen Sommerpause mit „banger Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes“ erfüllt worden. Ohne direkt das an preussischen Horizonten drohende gleiche, direkte und geheime Landtagswahlrecht zu nennen, spielte er doch sehr deutlich darauf an, wie sehr schon die hohe Aussicht, sich mit einem so revolutionären Gesetzentwurf überhaupt befassen zu müssen, den Herren an die Nieren geht. Im übrigen plädierte Graf Arnim natürlich lebhaft für einen starken, deutschen Frieden, wie er dem „sieghaften germanischen Geiste“ entspreche. Diesem Geiste müßten „weite Ziele gesteckt“ werden.

Es ist überflüssig zu sagen, daß die Herren der ersten preussischen Kammer über diese kriegerischen Fanfaren mit stürmischem Beifall quittierten.

Ein freikonservativer Antrag zum Gemeindevahlrecht.

Folgender Antrag der Abgeordneten Dr. Jäberhoff, Lüdicke, Frhr. v. Jedlich und Reulrich ist dem Preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch welchen die Bestimmungen, die das passive Gemeindevahlrecht 1. der Volksschullehrer, Geistlichen und Kirchendiener, 2. der richterlichen Beamten, 3. der Beamten der Staatsverwaltung ausschließen, aufgehoben werden.“

Der freikonservative Parteiausdruck hat eben erst in einer Entschliebung das gleiche Wahlrecht für Preußen abgelehnt. Offenbar wollen die Freikonservativen durch diesen Antrag trotzdem ihre Reformfreundlichkeit beweisen. Aber durch solche Reformen wird sich niemand über die Wahlrechtsfeindschaft der Freikonservativen täuschen lassen.

Landtagsnachwahl. Bei der am Donnerstag abgehaltenen Wahl eines Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Frankfurt a. O. — Lebus an Stelle des verstorbenen Landgerichtspräsidenten a. D. Nahtig wurde Kommerzienrat Vogel (Nationalliberal) gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Kranz freigesprochen.

Der Nichtigkeitsbeschwerde des früheren Präsidenten der Allgemeinen Depositenbank Kranz in Wien gegen die Beurteilung wegen Diebstahl und Kumanankauf zu dem Zweck, die Preise übermäßig in die Höhe zu treiben, wurde vom Obersten Gerichtshof stattgegeben und Kranz freigesprochen. Wegen gewisser Punkte der Anklage jedoch wurde das Wiederaufnahmeverfahren in erster Instanz angeordnet. Die übrigen Angeklagten Freund, Jellig und Radel wurden wegen Preistreiberi in einzelnen Fällen verurteilt.

Kleine Kriegsnachrichten.

Das deutsch-holländische Kohlenlieferungsabkommen. Das Haager Korrespondenzbüro teilt mit, daß die deutsche Regierung das Kohlenlieferungsabkommen angenommen hat.

Die Jarenfamilie nicht im Kloster. Die Petersburger „Borsenzeitung“ dementiert auf Grund der Angaben des Kommissars der Vorläufigen Regierung die Sabotage, daß die Jarenfamilie aus Tobolsk in ein Kloster übergeführt worden sei.

Letzte Nachrichten.

Der Kampf um Bayerns Neuorientierung.

Ablehnende Haltung der Regierung.

München, 18. Oktober. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten beschäftigte sich heute mit den sozialdemokratischen Verfassungsanträgen, betreffend Aufhebung der Kammer der Reichsräte, Abänderung des Landtagswahlrechts, Ausbau der Gesetzesinitiative des Landtags, Einführung des einjährigen Staatsvorwählrechts, Beseitigung aller Standesvorrechte der Standesherren, Abschaffung des Weis, Aufhebung der Privilegien des Königs, Trennung

von Kirche und Staat usw. — Abg. Dr. Sühheim (Soz.) begründete eingehend die Anträge und ersuchte, ihnen stattzugeben. — Ministerpräsident Graf Hertling gab auf die Anträge folgende Erklärung ab:

Die Staatsregierung hat es sich stets angelegen sein lassen und betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Gesetzgebung und die Verwaltung den berechtigten Anforderungen der Zeit anzupassen. Unter diesem Gesichtspunkte ist auch, wie bereits in der Kammer der Reichsräte angekündigt, ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der die zeitgemäße Ausgestaltung und Zusammensetzung der Kammer der Reichsräte ordnen soll; der Gesetzentwurf wird in möglichster Nähe dem Landtage zugehen. Jeder Antrag und jede Anregung, die auf einen den Zeitverhältnissen und Zeitbedürfnissen Rechnung tragenden organischen Ausbau des Verfassungslebens und der Gesetzgebung gerichtet sind, werden von der Staatsregierung jederzeit einer eingehenden Würdigung und ersten Prüfung unterzogen. Die sozialdemokratischen Anträge jedoch, die der Kammer der Abgeordneten vorliegen, zielen nach verschiedenen Richtungen auf eine völlige Umgestaltung der geschichtlich gewordenen und bewährten Grundlagen des bayerischen Staates ab. Die Staatsregierung kann daher in diesen Anträgen, soweit sie ein zusammenhängendes Ganzes darstellen, kein den Staatsinteressen dienendes Mittel für den zeitgemäßen Ausbau der bayerischen Verfassungsgebung erblicken und daher, ohne in nähere Erörterungen einzutreten, an dieser Stelle nur ihren grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt betonen. Einzelne Anregungen und Wünsche, die sich im Rahmen der bestehenden Verfassung bewegen, werden dagegen, wenn sie bei verschiedenen Ressorts vorgebracht werden, seitens der Staatsregierung entsprechend sachliche Würdigung finden.

Die Abgeordneten Gierl (Zentrum), Dr. Hammer Schmidt (Liberal) und Sped (Zentrum) gaben Erklärungen ab, die sich im allgemeinen der des Ministerpräsidenten angeschlossen, u. a. sprachen sie sich für die Beibehaltung und Erweiterung der Ersten Kammer aus.

Ferri fordert Friedensverhandlungen.

Bern, 17. Oktober. In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer behandelte Enrico Ferri die Kriegssituation des italienischen Volkes und führte dabei aus, daß das dritte Kriegsjahr kein entscheidend militärisches Übergewicht ergeben habe, und daß die Fortdauer des Krieges Europa in die Barbarei zurückwerfe. Ferri forderte die Regierung auf, unverzüglich im Rat der Verbündeten eine gemeinsame Aktion vorzuschlagen, die unter Ausschluß eines Sonderfriedens Friedensverhandlungen möglich mache auf der Grundlage der Forderungen der Völker nach gegenseitigen territorialen Zugeständnissen, gerechter Ersetzung der Kriegsschäden, Vorbereitung und Garantie gegenseitiger Abrüstung, Abschaffung der obligatorischen Dienstpflicht, Einsetzung internationaler Schiedsgerichte, Zulassung des freien Handels und freie Schifffahrt, Ratifizierung von Abkommen auch durch die Parlamente, Aufhebung von Wirtschaftskriegen nach dem militärischen, um Europa auf die Rechtsgrundlage einer demokratischen Entwicklung zu führen.

Die Kämpfe um Desel.

Bericht des Generalstabes der russischen Marine vom 17. Oktober. Unter Benutzung des klaren und ruhigen Wetters unternahm der Feind zahlreiche Luftausflüge, besonders in der östlichen Gegend der Ostsee. Unsere Flieger folgten dem Gegner entgegen. Im Laufe eines Kampfes schoß unser Flieger Saganow ein deutsches Flugzeug ab, das in unseren Linien niederstürzte. Ein Zeppelin überflog den Moonfund. Im Laufe des vergangenen Tages wechselten unsere Patrouillenschiffe Schüsse mit feindlichen Torpedobooten. Der Gegner fährt fort, seinen Erfolg auf der Insel Desel zu entwickeln. Nachrichten zufolge, die von Einwohnern überbracht wurden, die Desel nach der Besetzung verlassen haben, lief am 12. Oktober, dem Tage der Landung, ein feindlicher Drednought auf eine unserer Minen in der Nähe dieser Insel. Nach der Explosion wurde der Drednought auf die Küste zugeführt; sein Schicksal ist unbekannt.

Die Reform der englischen Arbeiterpartei.

Rotterdam, 18. Oktober. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die Kommission der Arbeiterpartei, die anfänglich der bevorstehenden Wahlreform einen Entwurf für die Reform der Partei ausgearbeitet hat, hat jetzt ihre Arbeiten beendet. Der Bericht wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Die Kommission beantragt in erster Linie, den örtlichen Parteiorganisationen größere Befugnisse einzuräumen. Henderson hat gestern in einer Versammlung der Parlamentariergruppe der Arbeiterpartei mitgeteilt, daß er nicht die Absicht habe, nach Durchführung der Reform Vorsitzender der Arbeiterpartei zu bleiben, da dieses Amt dann seine Zeit zu sehr in Anspruch nehmen würde.

Judenhege in London.

Berlin, 18. Oktober. (W. Z. B.) Die jüdische und englische Zeitungen berichten, fanden am 24. und 25. September, unmittelbar vor dem jüdischen Versöhnungsfest, pogromartige Ausschreitungen gegen die Juden im Londoner East-End statt. Viele Juden, meist russischer Herkunft, selbst jüdische Soldaten, wurden vom Böbel, dem sich auch englische Soldaten angeschlossen hatten, mißhandelt; die Fensterscheiben vieler jüdischer Häuser wurden eingeschlagen, die jüdischen Passanten beschimpft und verprügelt. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, schlimmere Ausschreitungen und Plünderungen zu verhindern. Bekanntlich hatten vor einigen Monaten auch in Leeds pogromartige antisemitische Exzesse stattgefunden.

Typhusepidemie im Kreis Kostod.

Berlin, 18. Oktober. W. Z. B. In der neutralen Presse sind Mitteilungen verbreitet worden, in Warnemünde herrsche eine schwere Hungertyphusepidemie. Bekanntlich wird unter Hungertyphus Fleckfieber oder Flecktyphus verstanden.

Von dieser außerordentlich bössartigen Krankheit ist in Warnemünde und Umgebung kein einziger Fall vorgekommen. Wichtig ist vielmehr nur, daß im Kreis Kostod eine Typhusepidemie herrscht, die durch Milch verbreitet worden ist, ein Vorkommnis, das auch im Frieden bekanntlich gelegentlich beobachtet wird. In dem in dem genannten Kreis gelegenen Warnemünde ist nur eine ganz geringe Zahl Typhuserkrankungen vorgekommen. Die Typhusepidemie im Kreis Kostod ist bereits im Erlöschen.

Eisenbahnunglück.

Meerholt, 18. Oktober. Ein Güterzug, der in der Nacht vom 17. auf 18. Oktober auf dem hiesigen Bahnhof von einem D. Aug überholt werden sollte, überfuhr den Freilich der Überholungsstelle. Die Maschine und mehrere Wagen stürzten die Böschung hinunter und gerieten in Brand. Vom Lokomotiv- und Zugpersonal sind drei Mann getötet und zwei verletzt worden.

Neue Forderungen der Buchbinder.

Ueber die Beschlüsse der Gauleiter- und Tarifkommission der Buchbinder zur Neuregelung des Gehalts und der Arbeitszeit wurde am 1. Oktober in einer kombinierten Werkstattdelegiertenversammlung der Berliner Buchbinder Bericht erstattet. Mächtig besprach im einzelnen die Forderungen. Sie sind von der Tarifkommission für das Gebiet des Dreistädtebezirks (Berlin, Leipzig, Stuttgart) aufgestellt. Im Ansehung an die Tarifkommission hat jedoch eine Gauvorsitzendenkonferenz in aufgestellten Forderungen auch für alle übrigen Orte des Deutschen Reiches für angemessen und richtig erklärend, sowie beschließen, das ihre zu tun, sie in den Gauen zur Durchführung zu bringen. Der Verband deutscher Buchbinderbesitzer und dem Verbands Deutscher Buchdruckerbesitzer die Forderungen eingereicht.

Für die im Stundenlohn beschäftigten männlichen Personen wird gefordert: Die im Tarif (Dreistädtebezirk) unter a bis d festgesetzten Minimallohne sind um 20 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Allen Arbeitern, die mehr als den bisherigen Minimallohn erhalten, ist der Lohn um mindestens 15 Pf. pro Stunde zu erhöhen, sofern ihnen nicht durch die Erhöhung der Minimallohne eine höhere Zulage zusteht. — Den Arbeiterinnen im Stundenlohn sind die unter a bis g im Tarif festgesetzten Minimallohne in Berlin um 15 Pf. und in Leipzig und Stuttgart um 12 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Allen Arbeiterinnen, die mehr als den bisherigen Minimallohn erhalten, ist der Lohn in Berlin um mindestens 10 Pf. und in Leipzig und Stuttgart um mindestens 8 Pf. pro Stunde zu erhöhen, sofern ihnen nicht durch die Erhöhung der Minimallohne eine höhere Zulage zusteht. — Sämtliche Akkordlöhne, die im Tarif vorgesehen sind, sind um 20 Proz. zu erhöhen. — Alle Feuerungszulagen, die mit dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer am 24. Mai 1917 und mit dem Verband Berliner Buchbinderbesitzer am 13. Juni und am 12. September 1917 vereinbart sind, bleiben bestehen einschließlich der 20 Proz. Zuschlag für Hausarbeiten. Die Berechnung der Feuerungszulagen hat zu erfolgen nach dem jeweils ohne Ueberstunden erzielten wöchentlichen Verdienst. — Beim Fest-

auf Streifen- oder Kartatanzage ist bei Drahtseftung ein Zuschlag von 15 Proz. und bei Fedenseftung ein Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen, und zwar rückwirkend vom Zeitpunkt der jeweiligen Anwendung an. — Für die Kriegsdauer wird vorgeschlagen, daß solche Arbeiten, die nach dem Tarif den Gehilfen vorbehalten sind, auch durch Arbeiterinnen ausgeführt werden können, falls nach Anfrage bei der Gehilfenorganisation keine Gehilfen zu haben sind. Die Bezahlung hat nach folgenden Sätzen zu erfolgen: Arbeiterinnen am Tisch erhalten in den ersten sechs Wochen ihrer Berufstätigkeit in Berlin pro Stunde 54 Pf., in Leipzig und Stuttgart pro Stunde 45 Pf., und nach dieser Zeit in Berlin pro Stunde 64 Pf., in Leipzig und Stuttgart pro Stunde 55 Pf. — Arbeiterinnen an Maschinen sollen in allen drei genannten Städten in den ersten sechs Wochen ihrer Berufstätigkeit 60 Pf. und nach dieser Zeit 75 Pf. pro Stunde erhalten. An Feuerungszulagen erhalten diese Arbeiterinnen die für Gehilfen vereinbarten Sätze. — Weitere Forderungen betreffen die Zuschläge für Ueberstunden und Nacharbeit. — Wichtig ist noch folgende Forderung: Bei durchgehender Arbeitszeit soll diese nicht mehr als 8 Stunden täglich betragen. Durchgehende Arbeitszeit ist dann als vorliegend anzusehen, wenn die Mittagspause weniger wie eine Stunde beträgt. Bei durchgehender Arbeitszeit ist der Stundenlohn um so viel zu erhöhen, daß ein Ausfall für den Arbeiter nicht entsteht. — Nach lebhafter Diskussion erklärte sich die Versammlung mit der Einreichung dieser Forderungen an die Verbände der Prinzipale einverstanden.

Ueber die geplante Erhöhung der Beitrags- und Unterküßungsätze referierte Aler. Die Verbandsmitglieder sollen durch eine Urabstimmung darüber entscheiden. Nach einer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da unsere Organisation voraussichtlich nach dem Kriege mit wirtschaftlichen Kämpfen rechnen muß, ist es unbedingt notwendig, die Leistungsfähigkeit und Schlagkraft unserer Organisation zu erhöhen. Aus diesen und anderen Gründen erklärt sich die Versammlung im Prinzip für eine Beitragserhöhung und erwarbt entsprechende Vorschläge.“

In der elektrischen Branche in Dänemark ist für die nächste Zeit von den Unternehmern die Aussperrung angekündigt worden.

Die in Göteborg im Gemeinbedienst angestellten niederen Beamten sind um eine Feuerungszulage von 40 Proz. der Löhne — Mindestzulage 750 Kr. für das Jahr — eingekommen; zugleich faßten sie den Beschluß, eine Organisation zu gründen.

Der Ausstand in Vaku.

Petersburg, 17. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur.) Da die Besitzer der Vakuwerke in Vaku die Mehrzahl der Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, sind diese nach einem neuntägigen Ausstand zur Arbeit zurückgekehrt.

Bergarbeiterstreiks in Illinois.

Washington, 17. Oktober. (Neuer.) Mit Rücksicht auf die Arbeiterzustände in dem Kohlengebiet von Illinois erklärte die Regierung sowohl den Bergwerkseignern wie den Arbeitern, sie werde die Bergwerke selbst übernehmen, falls die Kohlenförderung weiter durch Ausstände bedroht werden sollte.

Seemannstreik in Australien.

Melbourne, 17. Oktober. (Neuer.) Der australische Schiffsverkehr ist infolge eines Streites zwischen dem Schiffsbesitzerverband und der Gewerkschaft der Seeleute von Victoria, die in den Ausstand getreten sind, in einem gewissen Umfang unterbrochen worden. Die Seeleute von Neu-Süd-Wales drohen jetzt, die Schiffsbesitzer zu stellen, falls die Seeleute von Victoria beim Ausstand beharren sollten.

Parteinachrichten.

Unabhängige Friedensarbeit in Braunschweig.

Nachdem unsere Genossen in einer großen von über tausend Personen besuchten Versammlung, mit Schöpflin als Redner, für den Verständigungsfrieden Propaganda gemacht hatten, bequamen sich auch vorige Woche die Unabhängigen zu einer Mitgliederversammlung mit Aunert-Halle als Redner. Aunert sprach über „Frieden und Demokratie“. Die Versammlung fand in einem Saale statt, der höchstens 300 Personen faßt. Die Versammlung war sehr schlecht besucht. Im „Halleischen Volksblatt“ schreiben selbst die Unabhängigen, daß die Versammlung den Verhältnissen entsprechend gut besucht war. Das sagt schon genug. Aunert förderte den Frieden, indem er die Sozialdemokratie als unethisch denuntierte.

Der Kopenhagener „Sozialdemokraten“ über Eberts Paritätensrede.

Der Würzburger Parteitag wird in der Parteipresse der skandinavischen Länder lebhaft verfolgt; es erscheinen täglich telegraphische Auszüge der Verhandlungen sowie ganz ausführliche Berichte. So wird die Eröffnungssrede Eberts vom Kopenhagener „Sozialdemokraten“ erst im telegraphischen Auszug, in der darauffolgenden Nummer im vollen Wortlaut wiedergegeben. Diese

wörtliche Wiedergabe wird vom genannten Blatte damit begründet, daß diese Wertige Rede ein Meisterwerk ist, sowohl durch ihren reichen Inhalt wie durch die Kraft und Klugheit, von der sie getragen ist.

Industrie und Handel.

Neues Handelskammergesetz.

Das preussische Handelskammergesetz wird einer gründlichen Aenderung unterworfen, da es nicht mehr den Verhältnissen entspricht. Historisch ist vorauszuschicken, daß das Handelskammerwesen in Preußen einmal auf die kaufmännischen Körperschaften in den Hansestädten und auf die Handelskammereinrichtungen im Rheinland — eine Errungenschaft der französischen Revolution — zurückzuführen ist. Das Handelskammergesetz selbst stammt aus dem Jahre 1870; einer Aenderung wurde es im Jahre 1897 unterworfen. Während nun aber die 12 Landwirtschaftskammern in den einzelnen Provinzen und die 33 bestehenden Handwerkerkammern in den Kreisen ihre Begrenzung haben, bestehen im Saale Preußen 89 Handelsvertretungen ohne geregelte Begrenzung. Sogar auch in dieser Zerstückelung der Vorteile, daß die lokalen Interessen dabei eine gute Verretzung finden, so hat sie aber andererseits große Nachteile. Die Handelskammer soll in erster Linie die Gesamtinteressen eines Bezirks vertreten; das ist aber nicht möglich, wenn die Bevölkerung so groß ist, wie hier. So trennt z. B. die Handelskammerbezirke Berlin und Potsdam eine Straße in Charlottenburg, und zusammenhängende Städte mit gleichen wirtschaftlichen Interessen, wie etwa Barmen-Eberfeld, liegen in getrennten Handelskammerbezirken. Viele Handelskammern sind auch so klein, daß sie ihrer Aufgabe sowohl hinsichtlich der finanziellen Leistungen als auch der zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten nicht gerecht werden können.

Der erste Grundgedanke des bisherigen Handelskammergesetzes war, daß nicht der Minister die Handelskammern errichtet und sie abgrenzt, sondern daß er die Bildung der Kammern nur genehmigt. Die neue Abgrenzung soll sich nun in den politischen Grenzen halten; doch soll diese Abgrenzung nicht bindend sein, sondern sich nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Bezirks richten. Wie das in der Praxis aussehen wird, soll im Gesetz nicht festgelegt werden. Zweitens soll eine genügende Steuerleistungsfähigkeit der Handelskammern vorhanden sein. Die Zuschläge zur Gewerbesteuer, die die Handelskammern erheben können, sollen so hoch sein, daß ein technisch gut durchgebildetes Personal angestellt werden kann. Drittens soll ein gewisser größerer Flächenraum die Grundlage der neuen Organisation bilden, damit es möglich wird, wirksam führende und leitende Köpfe in die Handelskammern zu bringen. Ueberhaupt soll ein noch einheitlicher Gesichtspunkt durchgeführt großer Plan zur Ausführung kommen, auf dem der deutsche Kaufmannsgeist und Gewerbesinn frei schalten und walten kann.

Die Handelskammern selbst sollen in Abteilungen zerfallen, in welchen einzelne Interessengruppen ihre Beratungen pflegen können, wobei die Anknüpfung der Ministerien nach Möglichkeit Berücksichtigung finden sollen. Unter anderem soll hierdurch auch der Kleinhandel seine Vertretung finden. Eine Neuerung ist auch, daß die Frau, die den Bestimmungen des Handelsgesetzes untersteht, sich an den Wahlen zur Handelskammer direkt beteiligen kann. Ueber das passive Wahlrecht der Frau schweben noch Ermägungen. Aber auch die Industrie soll in den Handelskammern eine gewisse Vertretung finden.

Kriegshaufe in Italien.

Wie in allen Kriegführenden Ländern hat auch in Italien das Gründungsfieber und die Vorkriegshufe einen ganz gewaltigen Aufschwung genommen. Der Unternehmungsgelst bestärkt sich vor allem in der Neugründung und Kapitalerhöhung von Schiffahrtsgesellschaften, Schiffswerften, Eisenhütten und Elektrizitätsgesellschaften für Ausbeutung der Wasserkraft in den nord- und westitalienischen Alpen. Es ist offenbar, daß dabei die größten Schwierigkeiten vorliegen, weil vielfach einfach die Kriegsgewinne kapitalisiert werden. Das heißt: es werden die Kriegsgewinne nach dem Durchschnittszinssatz als Rendite eines stillen Kapitals angesehen, das dann als Aktienkapital nominieren wird. Selbstverständlich muß der Staat kommen, sobald die Kriegsernte sinkt. Das Gegenstück ist eine kolossale Verschuldung, die am 30. Juni d. J. bereits 43 Milliarden Lire betrug, das sind 20 Milliarden mehr als bei Eintritt Italiens in den Weltkrieg. Von diesen 43 Milliarden Lire sind 11,5 Milliarden Lire kurzfristige Wechselschulden.

Paiffe an der New Yorker Börse.

Der von der New Yorker Börse mit hochgeheilten Hoffnungen begrüßte Krieg hat sich bisher nicht als Friedenbringer erwiesen. Die Kurse blieben lange Zeit stabil, um in den letzten Wochen ziemlich scharf zu fallen. Die Aktien des berühmten Stahltrains sind von ihrem Höchststande — 125 Dollars — auf 100 Dollars gesunken. Eine ähnliche Bewegung haben die meisten Bahngesellschaften, die Kupfer- und Rotorensfabriken und insbesondere auch die durch ihre kolossalen Lieferungen berühmten Bethlehem Steel Works erfahren. Die Paiffe ist auf hohe Kriegskursen, auf Friedensgerichte und darauf zurückzuführen, daß Vorkriegskredite gekündigt wurden, um Geld für die Kriegsanleihe frei zu bekommen. Sollte der Krieg noch längere Zeit fortgehen, so wird infolge der starken eigenen Rückfragen der Vereinigten Staaten die Stimmung vermutlich stark unschlagen und die Börse wieder in ein Hoffstieber verfallen, wie es in allen Ländern geschieht, wo auf Kosten der öffentlichen Verschuldung Gründungsfeiern und Spekulationen treibhausmäßig gegädelt werden.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Reutlingen; für Unterred: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Hermann Augustin u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Erhöhung der Feuerungszulagen auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof.

Am 31. August d. J. hatte das Personal des Schlacht- und Viehhofes an das Kuratorium den Antrag gestellt, die Feuerungszulagen ab 1. September für Männer um 10 1/2 Pf. und für Frauen um 10 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Ferner wurde für die im Akkord arbeitenden Heubinderinnen eine Prozentige Erhöhung der Akkordlöhne verlangt. Nachdem der Arbeiterausschuß am 3. Oktober nochmals wegen baldiger Erfüllung der Forderung gemahnt hatte, wird uns jetzt mitgeteilt, daß das Kuratorium die beantragten Zulagen bewilligt hat. Die erhöhten Sätze treten aber erst mit Wirkung vom 1. Oktober 1917 in Kraft. Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Schlacht- und Viehhofes fühlen sich dadurch zurückgesetzt, einmal, weil sie die Forderung schon selbst auf ein Mindestmaß beschränkt hatten, und zum anderen, weil in anderen städtischen Betrieben und auch für die Beamten bereits ab 1. Juli 1917 erhöhte Bezüge gewährt worden sind. Wir halten es für eine Pflicht der Stadtverwaltung, die Erhöhung ab 1. September nachzahlen, zumal die Löhne auf dem Schlacht- und Viehhofe nicht hoch sind und die Feuerungszulagen hinter denen anderer städtischer Betriebe noch zurückstehen. Die Gesamtzulage zu den Arbeitslöhnen beträgt jetzt bei den Männern 44 Pf. und bei den Frauen 30 Pf. pro Stunde. Die Minderzulage gibt es auf dem Schlacht- und Viehhof nicht.

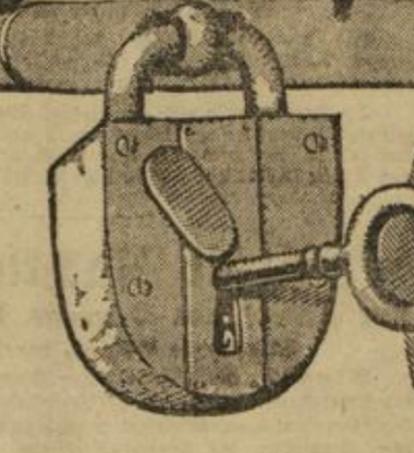
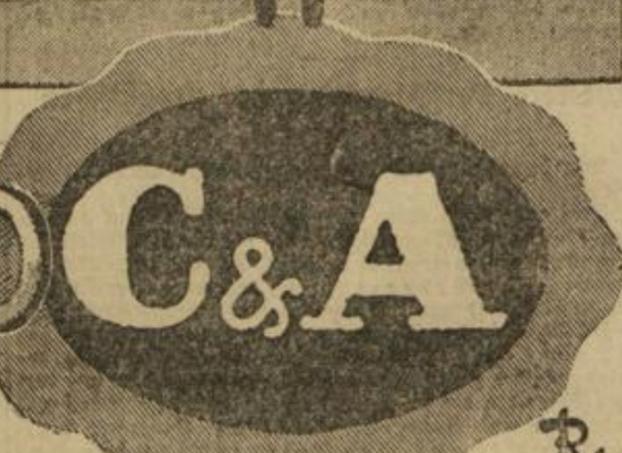
Ausland.

Arbeitslosigkeit in Skandinavien.

Die Arbeitslosigkeit in den drei skandinavischen Ländern macht sich bereits recht fühlbar. Da eine Besserung in den Zufuhren von Rohstoffen für die nächste Zeit nicht zu erwarten ist, dürfte die Anzahl von Betrieben, die wegen Mangel an Stoffen und Brennmaterial gänzlich oder teilweise schließen müssen, in der nächsten Zeit eine ziemlich bedeutende sein. Die Erwerbsmöglichkeiten für eine große Zahl skandinavischer Arbeiter scheinen daher in diesem Herbst und Winter sehr gering zu werden. In Englands Maßnahmen, zur Verhinderung der Zufuhr von notwendigen Rohwaren, ist nun auch nach Amerika hinzugekommen, das darauf auszugehen scheint, den paar übriggebliebenen Neutralen Europas das Leben so hart wie möglich zu gestalten. Unter dem Vorwand, eine eventuelle Belieferung Deutschlands durch die Neutralen gänzlich verhindern zu wollen, greift es von Tag zu Tag zu immer schärferen Mitteln. Von den größeren Industrien, die in Skandinavien seit längerer Zeit am meisten zu leiden haben, sind u. a. die Textilindustrie in Schweden und Dänemark, die Konfektionsindustrie in Norwegen (wegen Mangel an Wolle), die Margarine-Industrie aller drei Länder, die Sägemehl-Industrie Schwedens (Mangel an Schmieröl) und mehrere Zweige der Metallindustrie, die auf Kupfer, Nickel, Zinn angewiesen sind. Es kommen noch viele kleinere und größere Betriebe der verschiedensten Industrien der drei Länder hinzu, die allmählich lahmgelegt werden.

Die Bureauassistenten der schwedischen Privatbahnen haben sich in einem Verein organisiert.

Sonntags geschlossen!

Eine Einrichtung, die wir hauptsächlich im Interesse unseres Personals eingeführt haben, das — ganz besonders bei dem jetzt alltäglichen starken Andrang in unseren Geschäften — diesen freien Tag unbedingt benötigt.

Rönigstr. 33 **Chausseestr. 113**
 am Bahnhof Alexanderplatz beim Ostflügel des Bahnhofs